Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 26

Hans Kaminski / Bernd Hübinger / Reinhard Zedler / Wolfgang Staudt

Soziale Marktwirtschaft stärken
Kerncurriculum
Ökonomische Bildung

Sankt Augustin, April 2001

Redaktionelle Betreuung: Dr. Bernd Hübinger und Hannelore Meyer

Inhalt

Vorwort 5

Hans Kaminski:
Kerncurriculum Ökonomische Bildung 8

I. Zielsetzung 8

II. Ökonomische Bildung als integraler Bestandteil von Allgemeinbildung 9

III. Ziel-Inhaltskonzept für die ökonomische Bildung 14

IV. Schlussbemerkungen 29

V. Literaturempfehlungen 30

Gesprächskreis „Schule und Wirtschaft“ (Mitglieder) 31

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Bernd Hübinger:
Zusammenfassung der Reaktionen auf das Kerncurriculum
Ökonomische Bildung 33

Übersicht über die zugesendeten Stellungnahmen 44

Reinhard Zedler:
Ökonomische Bildung an Gymnasien 46

Wolfgang Staudt:
Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen
- Schulbuchübersicht - 50
Vorname Name des Autors

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Vorwort

Bildung und Soziale Marktwirtschaft

Was sollen Kinder und Jugendliche lernen in einer Zeit, in der heute nichts so ist, wie es gestern war und wie es morgen sein wird? Alle Lebensbereiche wandeln sich grundlegend, die Wirtschaftwelt mit ihren Produktions- und Marktmechanismen ist davon nicht ausgenommen: Netzwerke treten an die Stelle von Märkten, das Streben nach Eigentum wird zum Streben nach Informationen, Reichtum ist nicht länger gleichzusetzen mit materiellem Kapital, sondern mit Wissen und Kreativität. Was also muss jungen Menschen heute in der Schule an ökonomischem Grundwissen vermittelt werden, damit sie morgen ökonomische Zusammenhänge verstehen und ihre ökonomischen Entscheidungen verantwortungsbewusst treffen können?

Viele – wenn nicht die meisten – unserer Entscheidungen haben eine ökonomische Dimension Unser Leben wird zunehmend von wirtschaftlichen Zusammenhängen und Prozessen bestimmt. Wer handelt, entscheidet. Und wer entscheidet, sollte in der Lage sein, seine Entscheidung zu begründen. In den letzten Jahren ist die aktive Teilhabe von Jugendlichen am Wirtschaftsgeschehen gestiegen. Kaum ein Schüler ohne Nebenjob; E-Commerce und Online-Banken sind keine Fremdwörter mehr, der Anteil der Aktionäre und Fondsbesitzer hat sich in der Altersgruppe von 14 bis 19 Jahren in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt (von 1,7 Prozent 1997 auf 5,1 im ersten Halbjahr 2000).

Wer über die Einführung eines Faches Wirtschaft diskutiert, denkt eigentlich über die Allgemeinbildung nach. Die Kenntnis ökonomischer Grundregeln, Prozesse und Zusammenhänge ist deren Bestandteil. Das ist schon Konsens. Zugleich gilt: Allgemeinbildung, in deren Mittelpunkt das Kind mit seinem ganzheitlichen Anspruch steht, erschöpft sich nicht im ökonomischen Wissen. Bei einer Ausweitung von Stundentafeln, die von der Wirtschaft und mit gleicher Berechtigung von der Medizin oder dem Rechtswesen gefordert wird, dürfen die Kinder nicht aus dem Blick geraten. Stundentafeln dürfen nicht beliebig ausgeweitet werden.

Die Aufgabe von Schule ist nicht die Vermittlung von Spezialwissen, sondern die Vermittlung von Grundlagen und der Fähigkeit, sich selbst neue Wissensgebiete zu erschließen. Ökonomische Bildung darf sich nicht in der Vermittlung von Faktenwissen erschöpfen, das im Bedarfsfall im Berufsleben schneller und nachhaltiger erlernt wird. Ökonomische Bildung meint vor allem ein Wissen über die Grundlagen der Wirtschaftsordnung, der Sozialen und ökologischen Markt-

wirtschaft. Dazu gehört es zu wissen, dass zwischen Wirtschaftsordnung, Sozialordnung und Gesellschaftsordnung ein Zusammenhang besteht.

Notwendig ist eine enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Schule. Schülerinnen und Schüler müssen direkte Einblicke in das Wirtschaftsgeschehen bekommen, ökonomische Entscheidungen treffen lernen. Praktika und Projekte wie die Einrichtung von Juniorfirmen sind ebenso wichtig wie die Vernetzung ökonomischer Inhalte in den Bildungsplänen. Die eingleisige Debatte für oder gegen ein eigenständiges Fach Wirtschaft ist daher ein Holzweg.

Bildung bedeutet Wissen. Bildung zeigt sich aber auch in Haltungen und Grundeinstellungen, die in der sich verändernden Umwelt als Kompass dienen. Wir müssen den Jugendlichen mit dem soliden Faktenwissen eine positive Haltung zur Sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, ja eine Begeisterung und Leidenschaft für die Inhalte und Ziele dieser Wirtschafsordnung vermitteln. Die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft – ihre Wirtschaftsphilosophie, ihre Sozialpsychologie, ihre ethischen Ansprüche, ihr Menschenbild – müssen bedacht werden.

Die Soziale Marktwirtschaft stellt den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt ökonomischen Handelns. Wirtschaftsordnung und Schule sind denselben Zielen verpflichtet: Voraussetzungen, Strukturen und Anreize zu schaffen, die nicht Abhängigkeit begründen, sondern Selbständigkeit und kulturelle Teilhabe ermöglichen und damit der Würde des Menschen und seiner tatsächlichen Freiheit dienen. Ziel ökonomischer Bildung ist der mündige Wirtschaftsbürger.

Die Initiative „Schule und Wirtschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, ökonomischem Grundwissen und insbesondere dem bewährten Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft mehr Gewicht in den Lehrplänen der allgemein bildenden Schulen zukommen zu lassen und die Lehreraus- und -fortbildung den Erfordernissen ökonomischer Wissensvermittlung anzupassen. Ein eigener Gesprächskreis mit Experten aus Politik und Wirtschaft, aus Schule und Wissenschaft unter Leitung von Frau Ministerin Annette Schavan hat sich der Aufgabe konkret angenommen und ein Muster- bzw. Kerncurriculum erarbeitet, das einen realistischen Vorschlag für zwei Jahre Wirtschaftsunterricht an Gymnasien enthält. Dieses Curriculum wurde von einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Gesprächskreises unter Federführung von Professor Kaminski, Institut für ökonomische Bildung der Universität Oldenburg, erstellt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung stellt es als Vorschlag zur Debatte und erhofft sich Hinweise und Beiträge vor allem aus dem Bildungswesen und der Wirtschaft. Wir wollen damit das wichtige Thema „Schule und Wirtschaft“ weiter vorantreiben.

Annette Schavan
Ministerin für Kultus, Jugend
und Sport des Landes
Baden-Württemberg

Kerncurridulum Ökonomische Bildung

Hans Kaminski

I. Zielsetzung

Bei allen Diskussionen zur ökonomischer Bildung, die das generelle Ziel hat, junge Menschen zu mündigen Wirtschaftsbürgern zu erziehen, geht es nicht nur um eine bildungstheoretische Grundlegung, sondern auch um den Versuch, positiv zu bestimmen, wie ein unverzichtbares Minimum ökonomischer Bildung zu begründen ist. Ein entsprechendes Kerncurriculum für ein Fach Wirtschaft muss gleichzeitig sequenziert, portioniert und jahrgangsbezogen darstellbar sein, damit praktizierenden Lehrkräften eine Orientierungshilfe gegeben wird Unterricht zu begründen, vorzubereiten und durchzuführen.

Dies ersetzt keine Lehrerausbildung für den Bereich Wirtschaft. Für einen qualifizierten Wirtschaftsunterricht ist es vielmehr unabdingbar, dass Lehrkräften die Möglichkeit geboten wird, eine Fakultas zu erwerben und/oder an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen.

Zum besseren Verständnis des nachfolgenden Vorschlags werden die in das Kerncurriculum eingeflossenen Annahmen benannt:

1. In der Sekundarstufe II sollte jeder Schüler und jede Schülerin die Möglichkeit haben, über 2 Jahre wöchentlich mindestens 2 Stunden Wirtschaftsunterricht zu erhalten. Dies wären bei angenommenen 40 Schuljahreswochen theoretisch 160 Stunden. Der nachfolgende Vorschlag geht aus praktischen Gründen lediglich von 140 Stunden aus.
2. Die theoretische Anlage des Kerncurriculums muss so konstruiert sein, dass dieses bei höheren zur Verfügung stehenden Stundendeputaten problemlos erweitert werden kann. D. h., es ist ein ausbaufähiges „curriculares Chassis“ für die ökonomische Bildung zu entwickeln.
3. Das Ziel-Inhaltskonzept geht von fünf zentralen Inhaltsfeldern des Wirtschaftsunterrichts im Rahmen eines Systems der Sozialen Marktwirtschaft aus.

II. Ökonomische Bildung als integraler Bestandteil von Allgemeinbildung

Ökonomische Bildung ist keine vorweggenommene Berufsausbildung

(1) Die Komplexität moderner Gesellschaftsordnungen, die sich aus den strukturellen Zusammenhängen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts ergibt - als Beispiel seien Erscheinungsformen der zunehmenden Globalisierung angeführt - sind ohne ökonomische Grundkenntnisse nicht durchschaubar. Der grundlegende Bildungsauftrag, Schüler und Schülerinnen zur Bewältigung von gegenwärtigen und zukünftigen Lebenssituationen - man denke in diesem Zusammenhang an den rasanten Strukturwandel in der Berufs- und Arbeitswelt - zu befähigen, kann durch die Etablierung ökonomischer Bildung wesentlich unterstützt werden.

(2) Ökonomische Bildung wird deshalb *nicht* im Sinne einer vorweggenommenen Berufsausbildung, sondern als ein *integraler Bestandteil von Allgemeinbildung* verstanden. Schüler und Schülerinnen im allgemein bildenden Schulsystem sind mit solchen Kenntnissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Verhaltensbereitschaften auszustatten, die sie befähigen, sich mit den ökonomischen Bedingungen ihrer Existenz auseinander zu setzen, und zwar auf privater, betrieblicher, volks- und weltwirtschaftlicher Ebene.
Um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Basis der menschlichen Existenz verstehbar zu machen, sind dabei stets die sozialen, politischen, rechtlichen, technischen und ethischen Dimensionen in den Blick zu nehmen.

(3) Eine marktwirtschaftliche Ordnung, im Fall der Bundesrepublik Deutschland das „Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft“, ist wesentlich auf die Akzeptanz der Bürger angewiesen, weil sich aus der Komplexität dieser Wirtschaftsordnung für den Bürger vielfältige Funktionen im Wirtschaftsprozess (horizontal, vertikal) ergeben, die nicht in einem konfliktfreien Verhältnis zueinander stehen (z. B. als Unternehmer, Konsument, Arbeitnehmer, Kapitaleigner, Sparer, Wähler, Verbandsvertreter, Manager, Politiker). Es zeigt sich: „Für ein reibungsarmes Funktionieren der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ist es unabdingbar, dass ihre grundlegenden Regeln von der großen Mehrheit der Bürger akzeptiert werden“.[1] Die individuelle Position als Bürger kann nur unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Gesamtzusammenhanges relativiert und in Kenntnis der individuellen und kollektiven Interessen anderer Personen, Gruppen und Organisationen unterschieden werden. Ökonomische Bildung lässt sich als eine notwendige geistige Ressource sowohl für das Ver-

---

[1] Bickenbach, F./Soltwedel, R. (1996): Ordnung, Anreize und Moral, Würzburg: Bergstadt, 21

ständnis als auch für die Weiterentwicklung einer marktwirtschaftlichen Ordnung bezeichnen und verbessert die Lesbarkeit unserer Gesellschaft.

Ökonomische Bildung ermöglicht eine neue Lern- und Leistungsqualität

(4) Die Forderung zur Etablierung ökonomischer Bildung bezieht sich nicht *allein* auf Inhalte, sondern eröffnet darüber hinaus Perspektiven für eine *neue Qualität des Lernens am Gymnasium*, welche durch die konsequente Verknüpfung von Theorie und Praxis, z. B. durch die Einbeziehung außerschulischer Lernorte im Rahmen aktiver Lehr- und Lernverfahren des Ökonomieunterrichts, erreicht werden kann. Als Beispiele seien die Erkundung eines Unternehmens mit Hilfe konkreter Fragestellungen oder Praktika in Unternehmen angeführt, welche, in den Wirtschaftsunterricht konzeptionell eingebettet, neue Erfahrungen mit der betrieblichen Realität ermöglichen.

(5) Dem Erwerb von Handlungskompetenz, die Komponenten wie Sach-, Methoden-, Sozial- und Lernkompetenz umfasst, wird im Rahmen eines *handlungsorientierten Methodenkonzepts* Rechnung getragen. Komplexe Methoden des Ökonomieunterrichts, wie z. B. Fallstudie, Expertenbefragung, Planspiel, Projektmethode, sind dabei mit der bewährten Methodik der gymnasialen Oberstufe sinnvoll zu verknüpfen. Dazu gehört auch die Förderung von *fachübergreifenden Qualifikationen* (z. B. Kooperationsfähigkeit, vernetztes Denken, die Beherrschung von Arbeitstechniken), die für die Auseinandersetzung mit und für das Verstehen von ökonomischen Sachverhalten erforderlich sind. Diese können besonders im Rahmen aktiver Lehr- und Lernverfahren des Ökonomieunterrichts, die u. a. das selbstständige Arbeiten sowie Planungs- und Entscheidungsfähigkeiten der Schüler und Schülerinnen in hohem Maße fördern, entwickelt werden.

Grundannahmen für ein Lernkonzept

(6) Wesentliche Konsequenzen eines handlungsorientierten Lernkonzeptes für ein Methodenkonzept zur ökonomischen Bildung sind in den folgenden Aspekten zu sehen:

a) „Handlungsorientierter Unterricht ist ausgerichtet auf Handlungskompetenz. Der Erwerb von Handlungskompetenz beinhaltet zugleich die Vermittlung von Fachkompetenz, Sozialkompetenz und Methodenkompetenz sowie die Notwendigkeit zum permanenten Umlernen und Weiterlernen.

b) Handlungsorientierter Unterricht ist ausgerichtet auf die Förderung einer vielseitigen Persönlichkeit und Handlungskompetenz durch die Gestaltung von ganzheitlichen Lernprozessen, die Wissen und Handeln so

miteinander verbinden, daß wertorientiertes und theoriegeleitetes Denken und Handeln in komplexen Situationen entwickelt (gefördert) werden.

c) Handlungsorientiertes Lernen ist in dreifacher Weise auf Handlung bezogen: Es ist *erstens* theoretisches Lernen, das auf Handeln vorbereitet, *zweitens* ein Lernen durch Handeln und *drittens* kritische und interaktive Reflexion über das Handeln.

d) Handlungsorientiertes Lernen zielt auf ein Methodenkonzept ab, das darauf ausgerichtet ist, die Schüler zu befähigen, sich selbständig Wissen anzueignen, Probleme zu lösen, neue Situationen zu bewältigen, ihre Lebens- und Umwelt mitzugestalten, lebenslang lernfähig und lernbereit zu bleiben.

e) Die Realisierung eines handlungsorientierten Lernkonzepts zeichnet sich durch Methodenpluralismus und Pluralität der Lernorte aus, so daß auf allen Stufen an unterschiedlichen Lernorten und in unterschiedlichen Erfahrungszusammenhängen Lernprozesse initiiert werden.

f) Handlungsorientierter Unterricht ist stets verbunden mit der Frage nach den rechten Zielen und dem verantwortlichen Handeln für die Gesamtgesellschaft, den einzelnen und die Umwelt. Das beinhaltet zugleich die Fähigkeit, moralische Konfliktsituationen zu bewältigen.

g) Handlungsorientierter Unterricht initiiert Lehr- und Lernprozesse, die konsequent aus der Perspektive des Lernenden rekonstruiert sind, d. h. das lernende Subjekt in den Mittelpunkt stellen.

h) Handlungsorientiertes Lernen setzt auf Lernprozesse, die zunehmend von den Lernenden selbst bzw. autonom gesteuert werden, indem systematisch Planungs-, Arbeits- und Lerntechniken vermittelt werden und offen gestaltbare Medien in Form von Lernmaterialien mit Arbeitsaufträgen und Leitfragen für die Selbstorganisation der Lernprozesse bereitgestellt werden.

i) Handlungsorientiertes Lernen verlangt Lehrkräfte, die sich in ihrer traditionellen Rolle der Wissensvermittler zurücknehmen und vorrangig die Schüler anleiten, sich selbständig Wissen anzueignen, Probleme zu lösen und Aufgaben zu bewältigen. Sie schaffen Bedingungen, die die Selbstorganisation der Lernenden erst ermöglicht.“ [2]

(7) Der Einsatz *multimedialer Lehr- und Lernmittel* ist im Ökonomieunterricht unumgänglich. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sind nicht nur eine Erscheinungsform und Triebkraft für die gegenwärtigen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft und damit notwendiger Inhalt von

[2] Kaiser, F.-J./Kaminski, H. (1999): Methodik des Ökonomieunterrichts, 3. Aufl., Bad Heilbrunn/Obb.: Klinkhardt, 88f.

Unterricht, sondern sie liefern gleichzeitig auch die Werkzeuge für die Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen.

(8) Nicht zuletzt sind die Ziele der ökonomischen Bildung notwendig im *Kontext der Ziele der gymnasialen Oberstufe* zu sehen. Ein entsprechendes Fach hat demnach zur Selbstverwirklichung der Schülerinnen und Schüler in sozialer Verantwortung zur vertieften Allgemeinbildung, Studierfähigkeit und einer wissenschaftspropädeutische Grundbildung beizutragen. Die *wissenschaftspropädeutische Ausbildung* erfolgt, bezogen auf den Bereich der ökonomischen Bildung, durch

- die Beherrschung von Prinzipien und Formen des selbständigen Arbeitens (z. B. wirtschaftliche Probleme erkennen, analysieren, Lösungsstrategien entwickeln, Ergebnisse darstellen und werten) sowie
- das Einüben in grundlegende und speziellere wissenschaftliche Denkverfahrens- und Erkenntnisweisen (z. B. Kenntnis wesentlicher Strukturen und Methoden der Wirtschaftswissenschaften sowie Verständnis ihrer komplexen Denkformen).

Die Wirtschaftsordnung als Problemzusammenhang

(9) Bei der Entwicklung des Ziel-Inhaltskonzepts wird von der Wirtschaftsordnung als Problemzusammenhang ausgegangen und nicht von einer miniaturisierten Inhaltsstruktur der Volks- oder Betriebswirtschaftslehre:

Wer die „Grammatik“ einer Gesellschaft verstehen will, in die er über seine Arbeits- und Lebenssituationen untrennbar im Alltag eingebunden ist, muss die Struktur einer Wirtschaftsordnung verstehen, sonst verbleiben die vielfältigen wirtschaftlichen Erscheinungen beziehungslos nebeneinander und behalten einen episodenhaften Charakter. Für Schüler und Schülerinnen muss das organisierende Prinzip erkennbar werden, das ihnen hilft, wirtschaftliche Einzelphänomene einzuordnen, zu beurteilen und zu bewerten.

Das Wissen um zentrale Ordnungsformen und -elemente einer Wirtschaftsordnung gehört deshalb zum unabdingbaren Orientierungswissen, das der Ökonomieunterricht zu vermitteln hat, d. h.: Wer den Charakter der Wirtschaftsordnung nicht versteht, in der er lebt, arbeitet und konsumiert, wählt oder unternehmerisch tätig ist, wird nur unzureichend wirtschaftliche, arbeitsweltliche und politische Sachverhalte beurteilen können. Kein Arbeitnehmer, Konsument, Unternehmer bleibt vom Prozess und dem Ergebnis der Fortentwicklung der Wirtschaftsordnung eines Landes im Spannungsfeld unterschiedlicher ökonomischer, sozialer und politischer Interessen unberührt.

Für den Bürger der Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies, dass die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft nur zu gewährleisten ist, wenn der Kenntnisstand der Bürger zur Konzeption der Sozialen Marktwirt-

schaft und ihren Wesensmerkmalen verbessert wird. In dieser Hinsicht ist das Wissen um die Ordnungsformen und -elemente dieser Wirtschaftsordnung in besonderer Weise hervorzuheben.
Die Schüler und Schülerinnen müssen beispielsweise erkennen, dass es sich bei der Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft um ein stetiges gesellschaftliches Ringen handelt, dessen Auswirkungen sich in der Gesellschaft im Allgemeinen und in den Unternehmen und privaten Haushalten im Besonderen tagtäglich zeigen:

- Parlamente, Parteien und Interessengruppen ringen um Steuervergünstigungen für Familien, Unternehmen, Regionen und Branchen.
- Unternehmensleitungen und Betriebsräte ringen um die sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels, um neue Arbeitsmarktinstrumente, um die Verbesserung nationaler und internationaler Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens, um tatsächliche und vermeintliche soziale Besitzstände.
- Es wird gekämpft um die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme im Spannungsfeld von umfassender staatlicher Fürsorge einerseits und privater Selbstverantwortung andererseits.

(10) Es ist zwingend erforderlich, die Gegenstandsbeschreibung (vgl. Pkt. III) auf die aktuelle Situation einer Wirtschaftsordnung, z. B. der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, zu beziehen. Das „curriculare Chassis“ für die ökonomische Bildung wird damit in gewisser Weise gegen eine schleichende Dogmatisierung immunisiert.
Mit der Aufhebung der Konkurrenz zwischen marktwirtschaftlichen und zentralverwaltungswirtschaftlichen Systemen erledigt sich die permanente Frage nach der Legitimation einer Wirtschaftsordnung nicht von allein, sie tritt zum Teil nur noch deutlicher hervor und verlangt nach einem geschärften Bewusstsein des Bürgers, immer wieder die Ergebnisse unserer Wirtschaftsordnung nicht nur wirtschaftlich-funktional, sondern auch im Lichte der menschlichen Sinnfrage zu sehen und ihren ethischen Gehalt.
Mit dieser konzeptionellen Vorgehensweise sind fachdidaktisch folgende Vorteile verbunden:

- Die Gegenstandsbeschreibung für ein Kerncurriculum “ökonomische Bildung“ bleibt ein *offenes und dynamisches System* und bildet die konzeptionelle Grundlage für Anpassungen an situative Bedingungen.
- Die Gegenstandsbeschreibung erlaubt es, *ganzheitliche Denkansätze* mit situationsorientierten Analysedimensionen (Konsumenten-, Arbeitnehmer-, Unternehmersituation, usw.) zu verknüpfen.

III. Ziel-Inhaltskonzept für die ökonomische Bildung

Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als Referenzsystem

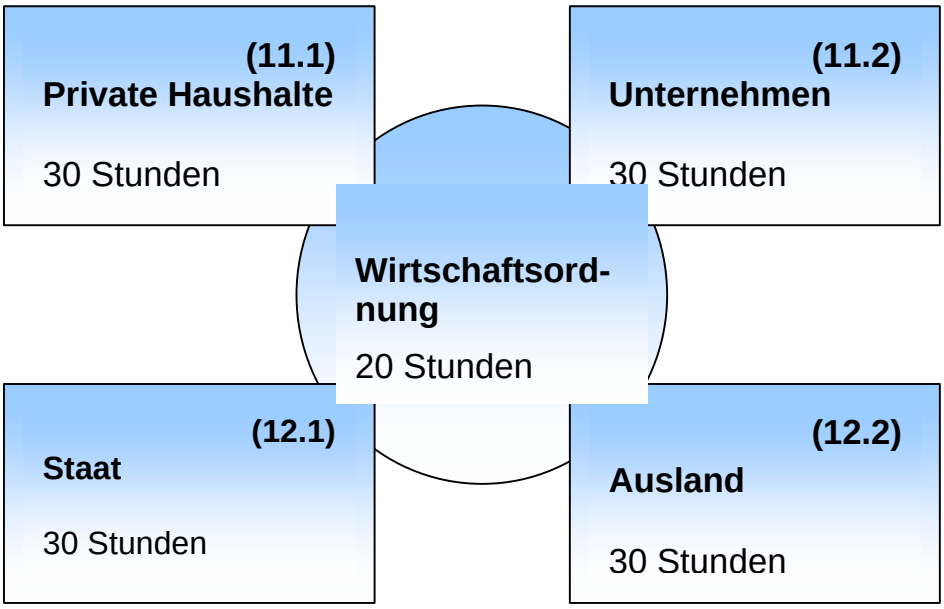
(11) Für das Verständnis der im Folgenden dargestellten ökonomischen Inhaltsfelder und das Verhalten der Akteure im Wirtschaftsgeschehen ist die Kenntnis des Regel- und Institutionengefüges einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erforderlich, d. h. der Regeln und Institutionen (Koordinationsmechanismen, Organisationen, Werte, Normen, Gesetze), die wirtschaftliches Geschehen einer Volkswirtschaft und das Verhalten der einzelnen Akteure bestimmen (vgl. (9)).

(12) Deshalb geht es nicht nur um das isolierte Verständnis der Funktionen beispielsweise des privaten Haushaltes in einer Volkswirtschaft, sondern gleichzeitig auch um das Verständnis seiner wirtschaftlichen Verknüpfungen zu den anderen Sektoren einer offenen Volkswirtschaft, d. h. zu den Unternehmen, dem Staat und dem Ausland. Ein Ziel-Inhaltskonzept thematisiert nicht nur die Funktion eines einzelnen privaten Haushalts oder eines einzelnen Unternehmens aus mikroökonomischer Perspektive, sondern auch die entsprechenden volkswirtschaftlichen Aggregate (makroökonomische Perspektive) sowie die Verknüpfung der beiden Ebenen (mesoökonomische Perspektive).

Zentrale Inhaltsfelder

(13) Den nachfolgenden Inhaltsfeldern kommt eine Schlüsselfunktion für die Entwicklung eines Kerncurriculums zu. Die 140 zur Verfügung stehenden Wochenstunden könnten dabei auf vier Halbjahre mit wöchentlich 2 Stunden nach folgenden Richtwerten verteilt werden:

Abb. 1



Stellung des Inhaltsbereichs „Wirtschaftsordnung“ im Kerncurriculum

(14) Im Rahmen des Kerncurriculums werden die Schüler und Schülerinnen bei der Beschäftigung mit den Akteuren in einer Volkswirtschaft *durchgängig* mit der Wirtschaftsordnung eines Landes konfrontiert und vertraut gemacht. So ist beispielsweise im Inhaltsbereich „Private Haushalte“ die Auseinandersetzung mit der Eigentumsverfassung angezeigt, während die Auseinandersetzung mit der betrieblichen Ergebnisrechnung im Inhaltsbereich „Unternehmen“ ansteht. Im Rahmen mit der Beschäftigung mit der Funktion des Staates in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist sodann die Ordnungspolitik Unterrichtsgegenstand.

Für den Fall, dass nicht auf Grundlagenkenntnisse zur Wirtschaftsordnung aus der Sekundarstufe I zurückgegriffen werden kann, ist die vertiefte Auseinandersetzung mit der Funktion und den Aufgaben einer Wirtschaftsordnung im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Systems zu einem frühen Zeitpunkt erforderlich.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass vielfältige wirtschaftliche Sachverhalte durch den Inhaltsbereich „Wirtschaftsordnung“ in Beziehung zueinander gesetzt werden. Aus der Bekanntschaft mit einem räumlichen oder zeitlichen Teil des Ganzen kann gelernt werden, richtige Erwartungen bezüglich des Restes zu bilden. Nur durch ein Denken in Ordnungen kann das Denken zur ordnenden Potenz werden, um im Sinne von W. Eucken die Gefahr zu vermeiden, dass immer dann, wenn „punktuell gedacht und entschieden wird, (...) das Denken in Ordnungen verfällt.“ [3]

Ziel-Inhaltskataloge

(15) Bei der Konstruktion der nachfolgenden Ziel-Inhaltskataloge wurden umfangreiche praktische Erfahrungen in mehreren Gymnasien unterschiedlicher Bundesländer berücksichtigt. (vgl. insbesondere Projekt der Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung 1998ff.: „Wirtschaft in die Schule!“)

Insgesamt geht es um die *generelle Orientierungsfunktion* des Ziel-Inhaltskatalogs und nicht um eine Checkliste, die es im einzelnen abzuarbeiten gilt. Die einzelne Lehrkraft wird

- aus dem Kontext der aktuellen Anwendungsbeispiele,
- aus dem regionalen Bezug der jeweiligen Schule und
- im Hinblick auf die Lerngruppe

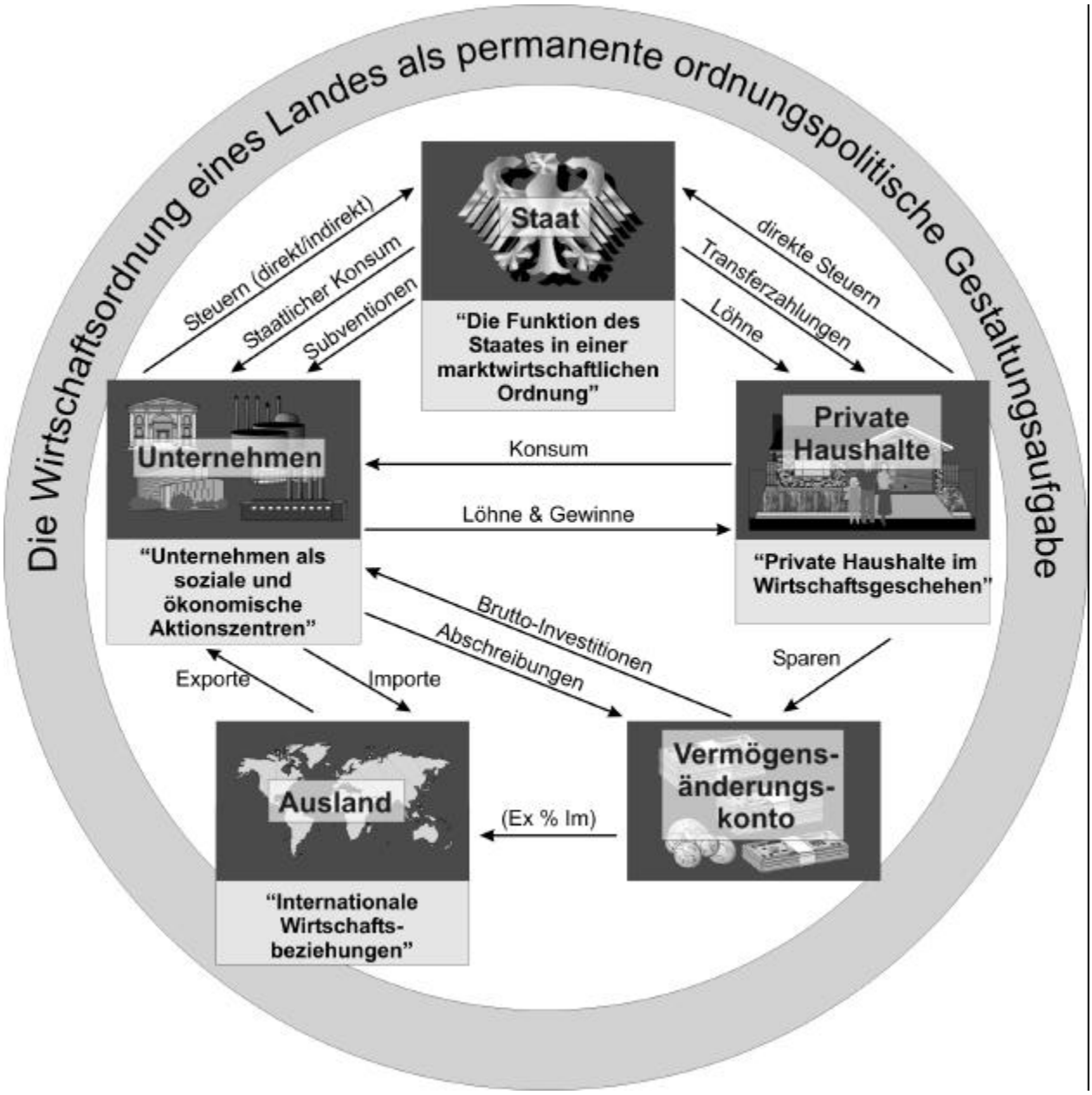
zu entscheiden haben, welche Ziele die Grundlage für ihren Wirtschaftsunterricht bilden sollen, um einen mündigen Wirtschaftsbürger heranzubilden.

---

[3] vgl. Pies, I. (1993): Normative Institutionenökonomik, Tübingen: Mohr, 109

Abbildung 2 veranschaulicht die fünf zentralen Inhaltsfelder und ihre Beziehungen zueinander. Nachfolgend werden diese Inhaltsfelder beispielhaft mit Hilfe von Lernzielen und Inhalten konkretisiert.

Abb. 2



Die Wirtschaftsordnung als permanente ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe

Generelles Ziel dieses Inhaltsbereichs ist es, die Bedeutung der Wirtschaftsordnung neben der politischen und der sittlich-kulturellen Ordnung als Teilordnung der Gesellschaftsordnung zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des wirtschaftlichen Geschehens zu erfassen. Das ordnungspolitische Verhalten von Regierungen und Parteien wird auf diese Weise durchschaubar. Um die eigene Position als Staatsbürger zu bestimmen und eine aktive Partizipation zu ermöglichen, ist es notwendig, den öffentlichen Diskurs zu verfolgen und zu verstehen.
Die Verdeutlichung der Interdependenz der gesellschaftlichen Subsysteme zählt dabei u. a. ebenso zu den wesentlichen Inhalten dieses Inhaltsbereichs wie die Darstellung der grundsätzlichen Ordnungsformen und -elemente. Die Schüler und Schülerinnen müssen die wesentlichen Aufgaben und Funktionen von Wirtschaftsordnung und -verfassung kennen, damit eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitischen Zielen, aber auch den Problembereichen marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnungen, z. B. im Bereich der Ethik, erst möglich wird. Die Behandlung der historischen Entwicklungsstufen der Sozialen Marktwirtschaft stellt dabei eine wesentliche Grundlage dar.

Die Wirtschaftsordnung als permanente ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe

Lernziele	Inhalte
Die Schüler und Schülerinnen sollen	
1. erkennen, dass die Gesellschaftsordnung eines Landes zur Befriedigung politischer, wirtschaftlicher und soziokultureller Bedürfnisse beitragen soll und die Wirtschaftsordnung als eine Teilordnung der Gesellschaftsordnung zu betrachten ist.	Gesellschaftliche Teilordnungen, z. B.: – politische, – wirtschaftliche, – politisch-rechtliche – sittlich-kulturelle Ordnung
2. erkennen, dass die Wirtschaftsordnung als eine permanente ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe zu begreifen ist.	– Denken in Ordnungen, nicht in Reglementierungen – Marktwirtschaft als rechtsschöpferische Leistung
3. wissen, dass die Wirtschaftsordnung als die Summe der geltenden Normen, Regeln und Institutionen den Handlungsrahmen für das individuelle und staatliche Handeln im Wirtschaftsprozess bildet und generelle Aufgaben zu erfüllen hat.	– Herstellung und Sicherung der Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaft – zielgerichtete Koordinierung wirtschaftlicher Aktivitäten – Beitrag zur Verwirklichung gesellschaftspolitischer Grundziele wie Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit, Wohlstand
4. grundlegende Ordnungsformen und -elemente einer Wirtschaftsordnung kennen.	– Planungs- und Lenkungssystem – Eigentumsverfassung – Preisbildungsmechanismus – betriebliche Ergebnisrechnung – Vergleich von marktwirtschaftlichen und zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnungsformen
5. wissen, dass für die Sicherung der Funktionsfähigkeit von Ordnungsformen sich eine Wirtschaftsverfassung entwickelt hat.	– Wettbewerbsverfassung – Geld- und Finanzverfassung (z. B. zweistufiges Bankensystem) – Rechtsverfassung – funktionsfähige Verwaltung
6. erkennen, dass sich marktwirtschaftliche Systeme mit unterschiedlichen Problembereichen auseinander zu setzen haben.	z. B. steigende Staatsquoten, Aushöhlung des Wettbewerbsprinzips, steigende Konzentration, ökologische Probleme, Arbeitslosigkeit, Verbindung von politischer und wirtschaftlicher Macht
7. erkennen, dass soziale Sicherung und sozialer Ausgleich konstitutive Elemente einer Sozialen Marktwirtschaft sind.	Grundstruktur des Systems der sozialen Sicherung; Ordnungsprinzipien – z. B. Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, Pflegeversicherung Grundsätze für die Ausgestaltung des Systems der Sozialen Sicherung: – Individualprinzip hat Vorrang vor Sozialprinzip – Versicherungsprinzip hat Vorrang vor Versorgungsprinzip – Subsidiaritätsprinzip hat Vorrang vor Solidaritätsprinzip

8. erkennen, dass der Staat in marktwirtschaftlichen Systemen in vielfacher Weise eingreift und wichtige Handlungsbereiche zu unterscheiden sind.	– Ordnungspolitik – Strukturpolitik – Prozesspolitik – unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzeptionen (z. B. angebots-, nachfrageorientierte Konzeptionen)
9. historische Entwicklungsstufen der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland kennen.	– Zweiter Weltkrieg - Währungsreform 1948 – Eucken, Röpke, Erhard, Müller-Armack – neue qualitative Phase: Europäische Wettbewerbspolitik, europaweite Politik der Deregulierung und Privatisierung
10. elementare Entscheidungsmechanismen in marktwirtschaftlichen Systemen kennen.	– Markt (Preismechanismus) – Demokratie (Wahlen und Abstimmungen) – Verhandlungen (Gruppenverhandlungen, Tarifverhandlungen) – Bürokratie (Hierarchie)

Der private Haushalt im Wirtschaftsgeschehen

Die Vorbereitung der Schüler und Schülerinnen auf die *Situation als Konsumenten* wird angestrebt durch die exemplarische Auseinandersetzung mit den Bedingungsfaktoren des Verhaltens der Verbraucher und der privaten Haushalte. Die ökonomischen Aktivitäten der Akteure auf Güter- und Faktormärkten sowie die Quellen und Verwendung von Einkommen bilden dabei den Ausgangspunkt. Mit der Analyse der Zusammenhänge des Markt- und Wirtschaftsgeschehens wird in die Funktion der Preisbildung in marktwirtschaftlichen Ordnungen eingeführt. Gleichzeitig muss im Hinblick auf das oben formulierte Ziel die Stellung des jugendlichen Konsumenten im Wirtschaftsgeschehen angemessenen Raum finden. Gerade die Behandlung der Beeinflussbarkeit von Bedürfnissen, beispielsweise durch die Werbung, hilft in diesem Zusammenhang bei der Entwicklung von Handlungsfeldern für ein bewussteres Verbraucherverhalten. Dieser Inhaltsbereich eignet sich ebenfalls, um den Zusammenhang zwischen einer Wirtschaftsordnung und einer Rechtsordnung, z. B. beim Kaufvertrag, deutlich zu machen.

Der private Haushalt im Wirtschaftsgeschehen

Lernziele	Inhalte
Die Schüler und Schülerinnen sollen	
1. wirtschaftliche Grundsachverhalte in Alltagssituationen des privaten Haushaltes identifizieren können und erkennen, welche Stellung und Funktion dieser im Wirtschaftsprozess hat.	– Grundsachverhalte: z. B. Knappheitsprinzip, Bedürfnisse, Güter, Produktionsfaktoren, Arbeitsteilung, Tausch, Geld, Opportunitätskosten, Minimum- und Maximumprinzip, ökonomisches Prinzip, Angebot, Nachfrage – Einführung in den einfachen und erweiterten Wirtschaftskreislauf als Analyseinstrument für wirtschaftliche Sachverhalte
2. erkennen, dass eine Betrachtung des privaten Haushalts auf verschiedenen Ebenen erfolgen kann und dass private Haushalte Nachfrager und Anbieter von Produktionsfaktoren sind.	– Privater Haushalt als ökonomische, organisatorische und soziale Einheit – mikro- und makroökonomische, mikro- und makrosoziale Analysedimensionen – Private Haushalte als Anbieter und Nachfrager von Arbeitskraft, Kapital und Boden
3. Einkommensquellen der privaten Haushalte unterscheiden können.	Einkommen aus – unselbständiger Tätigkeit – Unternehmertätigkeit – Vermögen – Transferzahlungen
4. wichtige Einflussfaktoren auf die Nachfrage der privaten Haushalte nach Sachgütern und Dienstleistungen erkennen.	– Preis des Gutes – Einkommen des Haushaltes, – Präferenzen – Einfluss von Bezugsgruppen, Meinungsführern
5. wesentliche Verwendungsbereiche für das Einkommen unterscheiden können.	– Ausgaben für den privaten Verbrauch – Ersparnis – Geldanlageformen (z. B. Sparbriefe, börsennotierte Aktien, Investmentfonds) – Übertragungen (z. B. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung)
6. den Begriff des Marktes definieren und die Bildung des Marktpreises erklären können.	– verschiedene Marktformen – Angebot, Nachfrage und Marktpreisbildung – Märkte als Orte des Übergangs von Eigentums- und Verfügungsrechten
7. wesentliche Aufgaben des Geldes, des Bankensystems und des Kapitalmarktes in einer marktwirtschaftlichen Ordnung kennen.	– Funktionen des Geldes: Recheneinheit, Tauschmittel, Wertaufbewahrung – Aufgaben des Bankensystems: Größen-, Fristen-, Risikotransformation, Herstellung von Markttransparenz – Börse
8. erkennen, dass ökonomische Entscheidungsprobleme privater Haushalte aus mehreren Elementen bestehen und dass die Interessen der privaten Haushalte und Unternehmen konflikthaft aufeinander stoßen können.	– Handlungsmöglichkeiten oder Alternativen – Kriterien für die Bewertung von Alternativen (Präferenzen, Nutzenfunktion) – Nutzenmaxime als wirtschaftliches Ziel, Nutzenvorstellungen der Verbraucher und Gewinninteressen von Unternehmen
9. den Zusammenhang zwischen Konsum und rechtlichen Aspekten erkennen.	– Grundlagen des Vertragsrechts (z. B. Kaufvertrag, Geschäftsfähigkeit, Rechtsfähigkeit) – Verbraucherrecht

Unternehmen als soziale und ökonomische Aktionszentren

Die Vorbereitung der Schüler und Schülerinnen auf die *Situation als künftige Erwerbstätige* ist durch die Auseinandersetzung mit betrieblichen Grundsachverhalten und entsprechenden Problembereichen sicherzustellen. Hauptziel dieses Inhaltsfeldes ist es, das Unternehmen als wesentlichen Akteur Wirtschaftsprozess sowohl in seiner Binnenstruktur als auch hinsichtlich seiner Stellung in der Volkswirtschaft zu erfassen. Gleichzeitig muss deutlich werden, dass sich die moderne Berufs- und Arbeitswelt im Zuge der derzeit zu verzeichnenden technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen rasanten Wandlungsprozessen ausgesetzt sieht, auf die sich die Schüler und Schülerinnen einzustellen haben. Insbesondere die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien stellen Anforderungen an die Beschäftigten hinsichtlich ihrer Ausbildung.
Unternehmen treten als Produzenten von Sachgütern und Dienstleistungen auf und stellen sich als ökonomische, soziale, technische und organisatorische Systeme dar. Die Grundlage für die Behandlung der Aufgaben und Funktionen von Unternehmen im Wirtschaftsgeschehen bildet die Vermittlung der betrieblichen Grundfunktionen Beschaffung, Produktion und Absatz in Verbindung mit der Ermittlung unternehmerischer Zielsetzungen. Die Auseinandersetzung mit der Funktion des Unternehmertums und der beruflichen Selbständigkeit soll gleichzeitig die Entwicklung des Entrepreneurship-Denkens bei den Schülern und Schülerinnen fördern. Darüber hinaus müssen zu den wesentlichen Inhalten u. a. die Organisation des Binnenbereichs, der zwischenbetrieblichen Kooperationen sowie der wettbewerblichen Beziehungen, die strukturpolitische Bedeutung von Unternehmen aber auch das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie im unternehmerischen Zusammenhang unter umweltpolitischen Gesichtspunkten - stets im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen - gezählt werden.

Unternehmen als soziale und ökonomische Aktionszentren

Lernziele	Inhalte
Die Schüler und Schülerinnen sollen...	
1. Unternehmen und private Haushalte als Träger des arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses in einer marktwirtschaftlichen Ordnung kennen lernen.	– Stellung von privaten Haushalten und Unternehmen im Wirtschaftskreislauf – monetäre und reale Beziehungen zwischen privaten Haushalten und Unternehmen
2. den Betrieb als ein technisches, wirtschaftliches und soziales System unterscheiden können.	– technische, – wirtschaftliche und – soziale Dimensionen
3. erkennen, dass sich betriebliches Geschehen im Rahmen einer Wirtschafts- und Rechtsordnung vollzieht.	– Rechtsordnung und Wirtschaftsverfassung – Unternehmensverfassung – Rechtsformen und Einflussfaktoren auf ihre Wahl
4. erkennen, dass sich die Berufs- und Arbeitswelt insbesondere durch den Einfluss der Informations- und Kommunikationstechnologien dynamisch verändert.	z. B.: – Anforderungen an Beschäftigte – mögliche Konsequenzen für Studien- und Berufswahl
5. die betrieblichen Grundfunktionen kennen und sich mit wesentlichen Zielen eines Unternehmens auseinandersetzen.	– Beschaffung, Produktion, Absatz/Marketing, Personal, Finanzierung, – Zielsysteme eines Unternehmens: z. B. wirtschaftliche, ökologische, soziale
6. wesentliche Einflussfaktoren auf das Zielsystem einer Unternehmung sowie wichtige betriebliche Kennziffern kennen lernen.	– Einflussfaktoren: z. B. Ansprüche unterschiedlicher Gruppen, Unternehmenskultur, gesellschaftliches Umfeld – betriebliche Kennzahlen: Produktivität, Wirtschaftlichkeit, Rentabilität, Liquidität
7. die Funktion und wesentliche Formen der Organisation von Unternehmen kennen.	– Aufbau- und Ablauforganisation von Unternehmen
8. wissen, dass Unternehmen langfristige Entscheidungen zu treffen haben und dass unternehmerische Ziele nur zu realisieren sind, wenn die vielfältigen Tätigkeiten im Wirtschaftsprozess eines Unternehmens zielgerichtet und koordiniert ablaufen.	z. B.: – Standort- und Rechtsformentscheidungen – Eingliederung in Unternehmensverbindungen (z. B. Fusionen, Kooperationen national und international) – Aufgaben des Managements: z. B. planen, kontrollieren, organisieren, führen – Unternehmensentwicklung, Unternehmensgestaltung – Unternehmensfinanzierung und Kapitalmarkt
9. erkennen, welche Funktionen das Unternehmertum und die berufliche Selbständigkeit in einer marktwirtschaftlichen Ordnung haben.	– Anbieter von Arbeitsplätzen, Verantwortung für das Gemeinwesen – Existenzgründungen: Chancen und Herausforderungen – Gründe und Voraussetzungen für berufliche Selbständigkeit (z. B. qualifikatorische, finanzielle)

10. wissen, dass die Arbeitsbeziehungen alle Regelungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern umfassen, die in einem Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen angesiedelt sind.	– Arbeitsorganisation, Arbeitssicherheit, Arbeitsbedingungen – Entgelt- und Anreizsysteme für Beschäftigte – betriebliche Entgeltpolitik
11. den Prozess der Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft und die damit verbundenen Einflussfaktoren auf unternehmerisches Handeln erkennen.	– Einflussfaktoren: z. B. digitale Revolution, die Verbreitung von Innovationen und Vernetzung der Wirtschaft, Liberalisierung und Deregulierung von Märkten, neue Qualifikationsanforderungen an Beschäftigte, veränderte Arbeitsformen, Konsequenzen für die Ausbildung

Die Funktion des Staates in einer marktwirtschaftlichen Ordnung

Die Vorbereitung auf die *Situation als Wirtschaftsbürger* beinhaltet die Auseinandersetzung mit der Funktion des Staates im Wirtschaftsprozess eines Landes sowie den wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Dabei ist deutlich zu machen, dass der Staat über die Entwicklung der Wirtschaftsverfassung und -ordnung Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Prozesse schafft und mit seinen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen auf das Leben am Arbeitsplatz, in der Familie, in der Freizeit, in der Gemeinde, usw. einwirkt. Für die Analyse dieser Zusammenhänge sind nicht nur einzel-, sondern auch gesamtwirtschaftliche Kenntnisse und Einsichten erforderlich.
Um die Ziele und Handlungsfelder staatlicher Wirtschaftspolitik erfassen zu können, müssen Schüler und Schülerinnen u. a. über Kenntnisse der Bestandteile wirtschaftlicher Grundkonzeptionen sowie die im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft zur Verfügung stehenden staatlichen Instrumente und Mittel verfügen. Erst auf dieser Grundlage ist es möglich, den Umgang des Staates mit den Interessen der verschiedenen Akteure und den oftmals daraus resultierenden Konflikten, z. B. um Wachstum und Wohlstand oder das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie, zu verstehen und auftretende Funktionsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft zu ermitteln. Dabei müssen neben Phänomenen des Marktversagens (z. B. bei Wachstumsbeschränkungen, öffentlichen Gütern, externen Effekten) in gleicher Weise die Erscheinungsformen des Staatsversagens (z. B. falsche Anreizsysteme, politischer Druck und Wahlentscheidungen, Regulierungskosten) deutlich werden.

Die Funktion des Staates in einer marktwirtschaftlichen Ordnung

Lernziele	Inhalte
Die Schüler und Schülerinnen sollen	
1. den Sektor Staat von den anderen Sektoren des Wirtschaftskreislaufs abgrenzen und wesentliche Finanzströme zwischen diesen erläutern können.	– Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen – Einnahmenseite: direkte und indirekte Steuern, Beiträge zur Sozialversicherung, staatliche Kreditaufnahme – Ausgabenseite: Subventionen, Transferzahlungen, Staatskonsum
2. Grenzen des Koordinationsmechanismus Markt („Marktversagen“) erkennen und wissen, dass staatliche Interventionen nicht nur Antworten auf durch den Marktmechanismus hervorgerufene Problemlagen darstellen, sondern nicht selten selbst Ursache und Bestandteil von Fehlentwicklungen sind („Staatsversagen“).	Marktversagen, z. B.: – Problematik „ öffentliche Güter“ – externe Effekte – Wettbewerbsbeschränkungen – ungleiche Chancenverteilung Staatsversagen, z. B.: – falsche Anreizsysteme – marktinkonforme staatliche Eingriffe – Erhaltungssubventionen – politischer Druck und politisches Entscheidungsverhalten
3. zentrale Ziele des Staates in marktwirtschaftlichen Ordnungen ableiten können.	– allokative, distributive, stabilisierende Funktionen
4. wesentliche Handlungsfelder und konzeptionelle Ansätze der Wirtschaftspolitik kennen.	– Ordnungspolitik (z. B. Gestaltung und Sicherung der Wettbewerbs-, Sozial-, Geldordnung, Finanzverfassung) – Strukturpolitik (z. B. Regional-, Verkehrs-, Forschungs- und Bildungspolitik) – Prozesspolitik (z. B. Geld- und Währungspolitik, Fiskalpolitik, Konjunkturpolitik) – nachfrage-, angebotsorientierte wirtschaftspolitische Konzeptionen
5. erkennen, dass sich Ausmaß und Richtung staatlichen Handelns nicht nur in den Stromgrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, sondern auch in der Dichte gesetzlicher und administrativer Regulierungen niederschlagen.	– Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote, volkswirtschaftliche Abgabenquote – Regulierungsdichte durch Gesetze, Richtlinien, Verordnungen, Erlasse, Satzungen, Normen
6. wissen, dass „Staat“ keine einheitliche Größe darstellt, sondern sich aus einer Vielzahl legislativer und exekutiver Instanzen auf verschiedenen Entscheidungs- und Handlungsebenen und mit durchaus divergierenden Interessen zusammensetzt.	– legislative Entscheidungsgremien der Gebietskörperschaften – primäre exekutive Instanzen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene – legislative und exekutive Instanzen der EU und ihr Einfluss auf nationalstaatliches Handeln – Interessenkonflikte der politischen Instanzen
7. die herausragende Bedeutung der Interessenverbände unter den Beeinflussungskräften realisieren, die auf allen Ebenen und in allen Politikbereichen auf den wirtschaftspolitischen Meinungsbildungs-, Entscheidungs- und Handlungsprozess einwirken.	– Verbände der Arbeitgeber und Produzenten, der Arbeitnehmer und Konsumenten sowie deren Funktionen – Fach-, Branchen-, Industrie-, Dachverbände – Formen der Einflussnahme und Mitwirkungsmöglichkeiten
8. die Elemente einer wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption kennen und mit ihrer Hilfe historische und gegenwärtige wirtschaftspolitische Konzeptionen analysieren können.	– Lageanalyse, Zielanalyse, Ordnungsanalyse, Instrumentenanalyse – wirtschaftspolitische Gesamtkonzeptionen in historischer Genese, z. B. Merkantilismus, klassischer Liberalismus, Ordoliberalismus/Soziale Marktwirtschaft

Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Grundlegende Kenntnisse über internationale Wirtschaftsbeziehungen sind nicht nur für das Verständnis der nationalen Volkswirtschaft erforderlich, sondern gewährleisten notwendige Einsichten in die zunehmende Vernetzung und Verflochtenheit der weltwirtschaftlichen Aktivitäten.
Neben der - empirisch unterfütterten - Darstellung der internationalen Arbeitsteilung steht vor allem die Ermittlung der Gründe und Erklärungsansätze für internationale Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund, wobei die Leitbilder internationalen Handels und dessen konkrete Regelungen und Institutionen eine wesentliche Rolle spielen. Gerade bei der Behandlung der Europäischen Union ist dabei die Entwicklung verschiedener wirtschaftlicher Integrationsstufen von besonderer Relevanz. Auftretende Störungen und Konfliktfelder, beispielsweise im Rahmen der Globalisierung, aber auch im Zusammenhang mit den Transformationsprozessen in Mittel- und Osteuropa, können von Schülern und Schülerinnen im Anschluss besser verstanden werden.

Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Lernziele	Inhalte
Die Schüler und Schülerinnen sollen	
1. den Sektor Ausland im Wirtschaftskreislauf einordnen können und wesentliche Auswirkungen auf das Nationaleinkommen erkennen.	– Wirtschaftskreislauf bei offener Volkswirtschaft
2. die Struktur und den Umfang der Ex- und Importbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland und ihre Stellung im Welthandel erkennen.	– Ex-Importsituation der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich – Struktur einer Zahlungsbilanz
3. wesentliche Bestimmungsgründe des internationalen Handels identifizieren und erklären können.	– Nicht-Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren Natur, Arbeit, Kapital – absolute und komparative Kostenunterschiede
4. die wichtigsten Unterschiede zwischen nationalem und internationalem Handel erkennen.	– unterschiedliche wirtschaftliche, rechtliche, politische und soziokulturelle Ordnungen
5. Ursachen und Erscheinungsformen der Globalisierung der Wirtschaft kennen.	– ökonomische, – politisch-rechtliche, – soziokulturelle und – technologische Bestimmungsfaktoren
6. Grundelemente einer Weltwirtschaftsordnung zur Regelung der Sachgüter-, Dienstleistungs- und Finanzströme sowie die wesentlichen Institutionen und ihre Aufgaben kennen.	– Welthandelsordnung, Weltwährungsordnung – z. B. WTO, GATT, IWF – Problembereich: Entkopplung von Finanz- und Warenmärkten
7. unterschiedliche wirtschaftliche Integrationsstufen kennen.	– Zollunion – Freihandel – Gemeinsamer Markt – Wirtschafts- und Währungsunion (Europäische Union)
8. Herausforderungen des europäischen Integrationsprozesses kennen.	– Strukturreformen (Entscheidungsverfahren, Prinzip Föderalismus, Prinzip europäische Währung) – EU-Erweiterung, u. a. durch ehemals zentralverwaltungswirtschaftliche Volkswirtschaften
9. Ansatzpunkte internationaler Wirtschaftspolitik kennen.	– außenwirtschaftspolitische Leitbilder: Freihandel, Protektionismus – Instrumente: preis-, mengen-, währungs-, integrations- und entwicklungspolitische Maßnahmen
10. Problembereiche der Weltwirtschaft erkennen.	– Tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse – globale ökologische Probleme – Arbeitskräftewanderungen – Armutsproblematik
11. erkennen, dass die Komplexität der weltwirtschaftlichen Beziehungen es erforderlich macht, nach Formen internationaler Kooperation zu suchen.	– Global Governance: Beteiligung verschiedener politischer Ebenen sowie staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen (NGO) – Vernetzung von Akteuren

IV. Schlussbemerkungen

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Etablierung der ökonomischen Bildung im allgemein bildenden Schulsystem in entscheidendem Maße davon abhängt, inwieweit es gelingt, Lehrerinnen und Lehrer für diesen Bereich zu qualifizieren.

Es gibt in der Regel keine für den Bereich Wirtschaft qualifizierten Lehrkräfte am Gymnasium, sondern Lehrkräfte mit Teilqualifikationen für Wirtschaft, die im Zusammenhang mit dem Studium anderer Fächer wie z. B. Sozialkunde, politische Bildung erworben wurden. Darüber hinaus ist die ökonomische Bildung in vielen Bundesländern der Bereich mit den höchsten Anteilen gänzlich fachfremd Unterrichtender.

Da die Reputation eines Faches immer auch von der Reputation derjenigen abhängig ist, die das Fach unterrichten, macht die Etablierung ökonomischer Bildung in den Schulen somit Qualifizierungskonzepte für Lehrkräfte erforderlich. Zu diesem Zweck sind geeignete Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer einzurichten und durchzuführen. Neben Weiterbildungsmaßnahmen müssen vor allem grundständige Studienangebote bereitgestellt werden. An den Universitäten sind daher entsprechende Lehramtsstudiengänge für das Fach Wirtschaft in der Sekundarstufe I und II zu implementieren.
Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen auch die Möglichkeit für die Etablierung internetbasierter Studiengänge zur ökonomischen Bildung.

V. Literaturempfehlungen

Bertelsmann Stiftung (1998): „Wirtschaft in die Schule!“, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Kaiser, F.-J./Kaminski, H. (1999): Methodik des Ökonomieunterrichts, Grundlagen eines handlungsorientierten Lernkonzepts mit Beispielen, 3. vollst. überarb. Aufl., Bad Heilbrunn/Obb.: Klinkhardt

Kaminski, H. (1996): Ökonomische Bildung und Gymnasium: Ziele, Inhalte, Lernkonzepte des Ökonomieunterrichts, Neuwied; Kriftel; Berlin: Luchterhand

Kaminski, H. (Hg.) (1999): Ökonomische Bildung für die Schule: politische Rahmenbedingungen und praktische Realisierungsmöglichkeiten, Neuwied; Kriftel: Luchterhand

Rosen, R. von (Hg.) (1999): Memorandum zur ökonomischen Bildung - Ein Ansatz zur Einführung des Schulfaches Ökonomie an allgemeinbildenden Schulen, Beirat für ökonomische Bildung des Deutschen Aktieninstituts e. V., 2. Aufl., Frankfurt a. M.

Schlösser, H. J./Weber, B. (1999): Wirtschaft in der Schule, eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien, inklusive CD-ROM hg. v. Bertelsmann Stiftung/Heinz Nixdorf Stiftung/Ludwig-Erhard-Stiftung (1999), Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Weber, B. (2000): Die Bedeutung der Ökonomie in der Lehrerausbildung – Eine Analyse der ökonomisch relevanten Studienfächer für Lehrämter des allgemeinen Schulwesens, hg. v. Bertelsmann Stiftung/Heinz Nixdorf Stiftung/Ludwig-Erhard-Stiftung (2000), Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Kontakt IÖB
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Institut für Ökonomische Bildung
26111 Oldenburg
Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Kaminski
Tel.: 0441-798-2638
Fax: 0441-798-2970
kaminski@uni-oldenburg.de
www.ioeb.uni-oldenburg.de

Gesprächskreis „Schule und Wirtschaft“ (Mitglieder)

Leitung:
Dr. Annette Schavan, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Neues Schloss, Schlossplatz 4, 70173 Stuttgart

Dr. Christoph Bergner, MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Beate Blechinger, MdL, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Brandenburg, Potsdam

Christoph Böhr, MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Mainz

Prof. Dr. Wilhelm Bürklin, Geschäftsführer Wirtschaft und Gesellschaft beim Bundesverband Deutscher Banken, Berlin

Dr. Karl-Josef Burkard, Leiter Altes Gymnasium, Oldenburg

Dr. Uwe Christiansen, Geschäftsführer Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Industrie- und Handelskammern, Hamburg

Georg Fell, Geschäftsführer Bund Katholischer Unternehmer, Köln

Dr. Jörg Feuchthofen, Referent Bildung Deutscher Industrie- und Handelstag, Bonn

Carola Hartfelder, Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag von Brandenburg, Potsdam

Martin Kayenburg, MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein, Kiel

Ulrike Lexis, Projektleiterin Bereich Wirtschaft der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Anke Papke, Abteilungsdirektorin Wirtschaft und Gesellschaft beim Bundesverband Deutscher Banken, Berlin

Dr. Ludwig Reichart, Abteilungsleiter BMW AG, München

Cerstin Richter-Kotowski, Jugendpolitische Sprecherin im Ausschuß Jugend, Familie, Schule und Sport, Abgeordnetenhaus Berlin

Dr. Peter Riedner, Leiter des Gymnasiums München/Moosach, München

Prof. Dr. Rüdiger von Rosen, geschäftsführendes Mitglied des Vorstands des Deutschen Aktieninstituts e.V., Frankfurt a.M.

Dr. Matthias Rößler, MdL, Staatsminister für Kultus des Landes Sachsen, Dresden

Bernhard Recker, MdL, stv. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Winfried Schlaffke, stv. Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln

Christine Schönefeld, Leiterin des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums, Halberstadt

Jürgen Schreier, MdL, Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes, Saarbrücken

Ingrid Sehrbrock, Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin

Wolf-Jürgen Thormann, Mitglied des Vorstandes der Oldenburgischen Landesbank, Oldenburg

Karin Wolff, MdL, Ministerin für Kultus des Landes Hessen, Wiesbaden

Dr. Horst Friedrich Wünsche, Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Bonn

Das Curriculum wurde von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. Hans Kaminski vorbereitet; die Mitwirkenden der AG waren:
Katrin Eggert, Institut für Ökonomische Bildung, MA Michael Koch, Institut für Ökonomische Bildung, Dr. Bernd Hübinger, Konrad-Adenauer-Stiftung, Jörg Feuchthofen, Deutscher Industrie- und Handelstag, Ulrike Lexis, Bertelsmann Stiftung, Dr. Karl-Josef Burkard, Altes Gymnasium Oldenburg, Christine Schönefeld, Käthe-Kollwitz-Gymnasium Halberstadt

Zusammenfassung der Reaktionen auf das Kerncurriculum ökonomische Bildung

Bernd Hübinger

Unmittelbar nach seiner Fertigstellung wurde das *Kerncurriculum Ökonomische Bildung* in einer größeren Mailing-Aktion mit nachstehendem Anschreiben an Rundfunkanstalten, große Unternehmen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände verschickt. Die Adressaten wurden gebeten, der Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Meinung zu der Publikation mitzuteilen. Nach inhaltlichen Schwerpunkten geordnet sind die Reaktionen in einer Übersicht zusammengefasst worden.

Anschreiben:

Anrede,

unsere Welt wird immer komplizierter, unser Leben immer stärker von wirtschaftlichen Abläufen und Entscheidungen geprägt. Wer also morgen den mündigen, und das heißt: auch den eigenverantwortlich handelnden Wirtschaftsbürger haben will, muss heute etwas dafür tun. Die Vermittlung soliden ökonomischen Wissens in den Schulen kann in diesem Zusammenhang einen entscheidenden Beitrag leisten.

Aus diesem Grund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die Initiative „Schule und Wirtschaft“ ins Leben gerufen. Ziel es ist, ökonomischem Grundwissen, zu dem auch und gerade die „Grammatik“ der Sozialen Marktwirtschaft gehört, mehr Gewicht in den Lehrplänen der allgemein bildenden Schulen zukommen zu lassen. Hierbei geht es nicht darum, eine Berufsausbildung vorwegzunehmen, sondern ökonomische Bildung als Kernbestandteil von Allgemeinbildung zu begreifen und zu behandeln.

Als ersten konkreten Schritt hat eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Frau Ministerin Dr. Schavan ein Kerncurriculum Ökonomische Bildung entworfen, das sich als eine detaillierte und klar strukturierte Vorlage für ein eigenes Fach Ökonomie in der Sekundarstufe II versteht. Es bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, über zwei Jahre wöchentlich mindestens zwei Stunden Wirtschaftsunterricht zu erhalten.

Wir sind sehr an Ihrer Meinung zu diesem Themenbereich insgesamt und vor allem zu diesem Curriculum interessiert. Schon jetzt möchte ich darauf hinweisen, dass wir uns auf einem Kongress am 24. November in Düsseldorf auch öffentlichkeitswirksam mit dem Thema befassen werden. Gerne würden wir Ihre Stellungnahme dazu einbeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Wilhelm Staudacher
Generalsekretär

Auf die Mailing-Aktion der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 19. Oktober 2000 haben rund 50 Adressaten geantwortet. Die Antworten waren – mit einer einzigen Ausnahme – positiv und ermunterten dazu, das Thema „Schule und Wirtschaft“ weiter zu verfolgen. Kursorisch lassen sich die Antworten wie folgt zusammenfassen:

Mit der Aufhebung der Konkurrenz zwischen marktwirtschaftlichen und zentralverwaltungswirtschaftlichen Systemen in Praxis und Theorie ist die Frage nach der Legitimation einer Wirtschaftsordnung nicht erledigt. Die Akzeptanz unserer marktwirtschaftlichen Ordnung hängt davon ab, wie weit es gelingt, das Wissen um ethische Grundlagen und Funktionsweise dieser Ordnung zu fördern. Im Zeitalter der Globalisierung und Informationsgesellschaft müssen wir unsere Kinder zu mündigen Staatsbürgern und damit auch zu verantwortungsvollen Wirtschaftsbürgern erziehen. Die Wirtschafts- und Arbeitswelt spielt eine immer wichtigere Rolle in unserem Gemeinwesen, die internationalen Verflechtungen von Unternehmen und Staaten gestalten sich immer enger und wirtschaftsbezogene Berichterstattung verliert ohne ökonomisches Grundverständnis ihren Wert. Ökonomisches Basiswissen ist aber auch Voraussetzung, um aktuellen Reformbedarf zu erkennen und entsprechend zu handeln. Angesichts dieser Tatsachen ist es erschreckend, dass die in das Berufsleben strebenden Jugendlichen keine Vorstellung mehr von der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer Bedeutung für die eigene Zukunft haben.

Da es bereits eine Vielzahl von Memoranden und Grundsatzforderungen zur Verstärkung und Verbesserung wirtschaftsbezogenen Unterrichts gibt, wird die Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung besonders begrüßt und das Kerncurriculum als konkreter Fortschritt bei der Umsetzung dieser Forderungen gewertet.

Die meisten Antworten haben ihr grundsätzliches Lob mit Anregungen und Hinweisen für die weitere Arbeit verknüpft. Diese beziehen sich überwiegend auf Inhalt und Didaktik. So wird vorgeschlagen, den Wirtschaftsunterricht nicht nur in der gymnasialen Oberstufe (Sekundarstufe II) anzubieten, sondern auch in der Sekundarstufe I, also in Hauptschulen, Realschulen und in Gymnasien unterhalb der Oberstufe. Ferner werden wichtige Hinweise gegeben auf bestehende Defizite in der Lehreraus- und -fortbildung. Daneben finden aber auch praktische Schwierigkeiten bei der Einbringung des neuen Fachs in die bestehenden Stundentafeln Erwähnung. Schließlich unterstellen manche Antworten grundsätzlichen Unwillen auf Seiten der Politik, sich den technisch-bürokratischen Schwierigkeiten, die mit einer stärkeren Betonung ökonomischer Wissensvermittlung verbunden sind, zu stellen.

Anregungen zum Inhalt im einzelnen:

Gegenüberstellung von Marktwirtschaft und Planwirtschaft

Eine Gegenüberstellung von Marktwirtschaft und Planwirtschaft wird zum Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft als unerläßlich angesehen. Denn mit dem Niedergang der Zentralplanwirtschaft sei es keineswegs hinfällig geworden, die Vorzüge und Funktionsweisen der Marktwirtschaft zu artikulieren. Gerade jetzt, d.h. ohne den direkten und zeitnahen Systemvergleich, komme es darauf an, die Vorteile des dezentralen und auf Privateigentum beruhenden Wirtschaften klar darzustellen. Dies könne durch die Darstellung der realen Fehler der sozialistischen Planwirtschaftler geschehen. Wegen der Divergenz zwischen der ursprünglichen Definition und dem heutigen Verständnis von sozialer Marktwirtschaft dürfe auch die Diskussion um diesen Begriff nicht fehlen. Zudem sollte bei einer Abgabenquote von ca. 50% und somit einer Tendenz zur Staatswirtschaft, das Spannungsverhältnis zwischen Markt und Staat deutlicher hervorgehoben werden. Besondere Aufmerksamkeit solle auch den Wechselwirkungen zwischen Demokratie und Marktwirtschaft zukommen.

Angeregt wird ferner, den Wirtschaftsunterricht möglichst auf konkrete und aktuelle Wirtschaftsordnungen zu beziehen, um ihn gegen schleichenden Dogmatismus immun zu machen. Für die Ziele, die mit einem solchen Unterrichtsfach verfolgt werden, ist es nach Auffassung eines Adressaten entscheidend, dass die zu vermittelnden Inhalte glaubwürdig sind und allgemein akzeptiert werden. Niemandem – auch der Wirtschaft nicht – sei mit idealisierenden, abstrakten Modellbetrachtungen gedient, bei denen die Schüler schon nach kurzem Nachdenken erhebliche Differenzen zum alltäglich erlebten Wirtschaftsgeschehen feststellen können. Auch das allseits akzeptierte Modell der Sozialen Marktwirtschaft sei – in Abwandlung eines bekannten Wortes über die Demokratie – ein in vieler Hinsicht schlechtes und unvollkommenes, jedoch das beste, das es gebe. Bei einer ehrlichen Darstellung der Sozialen Marktwirtschaft könne deshalb nicht darauf verzichtet werden, die mitunter unsozialen, irrationalen, zerstörerischen Seiten der Sozialen Marktwirtschaft aufzuzeigen und auch die hässlichen Wege zu benennen, auf denen sie sich manchmal bewege. Nur so könne man Akzeptanz finden für Unternehmen, die sich in einem Umfeld bewegen müssten, dass sie oft nicht verändern könnten und dem sie sich bei Strafe des eigenen Untergangs in gewissem Umfang anpassen müssten.

Nachhaltigkeit

Notwendig sei es, den Schülern das immer dringlichere Problem der Nachhaltigkeit näher zu bringen, d.h. die Ressourcen so zu nutzen, dass auch künftige Generationen ihr Auskommen auf der Erde haben. Nachhaltigkeit sollte das Handeln sowohl der privaten Haushalte und Unternehmen in Bezug auf die Umwelt auszeichnen, als auch das Handeln des Staates in Bezug auf die Organisation und Steuerung der öffentlichen Finanzen und der Sozialversicherungssysteme bestimmen. Das Thema sollte im Vorwort Erwähnung finden und dann in allen Inhaltsfeldern behandelt werden, nicht zuletzt im Zusammenhang mit Daseinsvorsorge und Risikobewältigung in der Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft sei zwar die denkbar beste Wirtschaftsordnung, sie sei aber nicht von sich aus nachhaltig im Sinne der Erhaltung der Lebensgrundlagen (Abkommen von Rio); ihre manchmal unsozialen, irrationalen, zerstörerischen Seiten dürften nicht verschwiegen werden.

Globalisierung

Die zunehmend globaler werdende Praxis der Unternehmen lege es nahe, internationale Aspekte stärker zu berücksichtigen. Die Entstehung globaler Märkte und Unternehmen werde massive Herausforderungen an die Ökonomie und ihre nationale Organisation mit sich bringen. So sähen sich die Nationalstaaten mit einem Machtverlust auf wirtschaftspolitischem Sektor konfrontiert, der unmittelbaren Einfluss auf die Sozialpolitik in Nationalstaaten habe. Allein schon das supranationale EU-System zeitige erhebliche Konsequenzen für die einzelnen Nationalstaaten. Die Globalisierung werde im Curriculum nur gestreift, was sie in der Wirklichkeit ausmacht und wie sie die Wirtschaft und die Welt der Arbeit verändert, kommt nach Meinung einiger eindeutig zu kurz. Es wird besonders auf Qualifikations- und Mobilitätsanforderungen als Konsequenzen der Globalisierung hingewiesen. Diesen Anforderungen müsse unsere Gesellschaft aufgeschlossen und innovationsfreudig begegnen.

Europäische Integration

Erforderlich sei eine Auseinandersetzung mit dem Thema „Europäische Integration“. Die hierzu im Curriculum vorhandenen Stichworte zum Fach „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ werden als nicht ausreichend angesehen. So würden die Idee und die unterschiedlichen Formen von ökonomischer Integration bzw. deren Auswirkungen auf europäischer Ebene nicht hinreichend berücksichtigt. Zudem habe die jüngere Vergangenheit gezeigt, dass das supranationale EU-System erhebliche Konsequenzen auf die einzelnen Nationalstaaten habe.

Geldpolitik

Vorgeschlagen wird ferner, das Thema Geldpolitik aufzugreifen. Insbesondere die Aspekte Europäische Währungsunion und Europäische Zentralbank mit den Zielen der Preisstabilität und der Sicherung des Außenwertes des Euro seien unverzichtbar für ein umfassendes Verständnis der Funktionsweise der Sozialen Marktwirtschaft.

Neue Medien, neue Märkte

Angeregt wird die Auseinandersetzung mit der Rolle der neuen Medien, speziell des Internets, sowie mit den neuen Märkten (z.B. Electronic-Business). Behandelt werden sollte auch die Frage, welche Bedeutung künftig den „weichen" Faktoren Bildung und Wissen bei der Wertschöpfung zukommt.

Technikorientierung

In einigen Antwortschreiben wird mit Sorge darauf hingewiesen, dass bei Schulabgängern zwar in Ansätzen eine Wirtschaftsorientierung, nicht aber eine Technikorientierung gegeben sei. Angeregt wird daher, die Bedingungen und Verknüpfungsverhältnisse zwischen beiden bewusst zu machen. Eine Verstärkung des ökonomischen Grundwissens soll nach diesen Antworten stärker als bisher auch Grundwissen über Technik- und Produktionsbedingungen beinhalten, da der Herstellungsprozess eng mit den betriebs- und volkswirtschaftlichen Prozessen verbunden sei. Eine verzahnte Behandlung von Industrie- und Wirtschaftsthemen könne dazu beitragen, ein innovationsfreundlicheres Klima in unserer Gesellschaft zu schaffen. Eine Chance zur Umsetzung dieser Ziele wird in der Intensivierung der Projektarbeit gesehen. Das Arbeiten in Projekten biete die Chance, fachlich enge Fokussierungen zu erweitern, Disziplinen zu vernetzen und unmittelbare Erfahrungen im wirtschaftlichen Umfeld zu sammeln. Es sei zudem auch von Vorteil für die Entfaltung sozialer Kompetenz und Teamfähigkeit.

Zum Bildungsauftrag

Insbesondere Unternehmer und sonstige Selbständige fordern, dass sich der Auftrag, ökonomische Bildung zu vermitteln, nicht auf allgemeinbildende Schulen beschränkt, sondern dass auch in anderen Ausbildungsgängen Jugendliche mit ökonomischem Grundwissen vertraut gemacht werden. In Bildung und Ausbildung müsse gerade der Rolle des Unternehmers und Existenzgründers deutlich mehr Bedeutung zukommen. So wäre es im Rahmen einer integrierten ökonomi-

schen Ausbildung denkbar, Unternehmer-Planspiele anzubieten, um die Jugendlichen an Selbständigkeit und Eigenverantwortung heranzuführen.

Die Organisationen des Handwerks legen bei der Forderung nach Einführung eines Fachs Wirtschaft besonderen Wert auf einen Unterricht, der die ökonomischen Bedingungen und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten in kleinen und mittleren Unternehmen angemessen darstellt. In diesem Zusammenhang sollte auch auf die ausbildungs- und beschäftigungspolitische Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen hingewiesen werden. Auch das Aufzeigen konkreter Wege zur Gründung eines eigenen Unternehmens gehöre in diesen Rahmen.

Zudem wird angeregt, mehr Gewicht auf die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten und Anforderungen zu legen, die mit den gegenwärtigen Strukturen und zukünftigen Tendenzen in der Erwerbsarbeit korrespondierten. Die Abgänger des allgemeinbildenden Schulwesens müssten mehr Selbstverantwortung für ihren beruflichen Lebensweg übernehmen und mit entsprechenden Informationen ausgestattet werden. Die Orientierung und Vorbereitung auf eine berufliche Ausbildung, auf lebensbegleitendes Lernen und auf wechselnde Formen der Berufstätigkeit gehörten deshalb mit zu den zentralen Aufgaben der allgemeinbildenden Schulen in einem Fach Wirtschaft bzw. Ökonomie. Dieses Ziel werde mit den derzeit üblichen Angeboten im Fach Arbeitslehre bzw. im Berufswahlunterricht bei weitem nicht erreicht.

Didaktische Anregungen

In einigen Antworten wird darauf verwiesen, dass das Curriculum in der Breite weitgehend dem volkswirtschaftlichen Grundstudium an Universitäten entspricht. Teilweise gehe es sogar darüber hinaus. Angeregt wird daher, das Ordnungsdenken in der Stundenzahl noch stärker zu gewichten und dafür innerhalb der Sektorenbehandlung weniger in die Tiefe zu gehen. Dies wird für ausreichend erachtet, da viele theoretische Ansatzpunkte durch Beobachtung der freiheitlichen und wettbewerblichen Ideen des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens durch die Schüler selbst erschlossen werden könnten.

In verschiedenen Stellungnahmen wird vor der Gefahr einer Überfrachtung des Wirtschaftsunterrichtes gewarnt. So gibt es Anregungen, das Kerncurriculum solle weniger eine wissenschaftspropädeutische Grundausbildung sein, sondern verstärkt die für den mündigen Wirtschaftsbürger wesentlichen Fragen behandeln. Andernfalls könne es geschehen, dass das Unverständnis der Schüler lediglich auf ein höheres Niveau befördert würde.

In einer Stellungnahme wird die Frage aufgeworfen, wie Ökonomie als notwendiger Stoff möglichst interessant und spannend vermittelt werden kann. Es stelle sich die Frage, ob ein problem- oder fallorientierter Zugang einem lehrbuchartigen Zugang vorzuziehen sei. Als Beispiel wird eine Internetrecherche zu Chancen und Risiken einer transatlantischen Fusion am Beispiel von Daimler-Chrysler angeführt. Dies sei sicherlich zugleich spannend und in vielerlei Hinsicht lehrreicher als ein bloßer Kenntniserwerb wirtschaftsrechtlicher Bestimmungen in Europa und in den USA. Dabei könnten sich die Schüler in Recherche üben, d.h. die einschlägigen Quellen ökonomiebezogener Informationen benutzen lernen, gleichzeitig wirtschaftspolitische Zusammenhänge erkunden und darüber hinaus Informationen sammeln, wie es um wirtschaftliche und politische Macht auf unserem Globus bestellt ist. Nebenbei würde auch noch eine Übung in Wirtschaftsenglisch absolviert. Viele weitere Beispiele für eine fall- und problemorientierte Wirtschaftsdidaktik ließen sich finden. Möglicherweise könnte das Curriculum zeitlich so entlastet werden, dass wenige ausgewählte Fälle ausreichten.

Nach Auffassung einiger Adressaten kommt dem Einsatz von multimedialen Lernmitteln im Wirtschaftsunterricht großes Gewicht zu, weil pädagogische Medien dieser Art gerade im Bereich Wirtschaft wesentlich dazu beitragen können, fachliche Inhalte anregend und überzeugend darzubieten. Zum anderen prägten computer- und netzgestützte Informationen und Transaktionen die Wirtschaft von morgen maßgeblich, so dass der Einsatz entsprechender Instrumente im Unterricht sehr gut geeignet sei, Praxisnähe zu vermitteln.

Sprache des Curriculum

Es wird beklagt, dass ein für den Schulunterricht geeignetes Lehrbuch bisher nicht vorliegt. Die Lehrer seien für eine solche Aufgabe entweder gar nicht oder nicht hinreichend ausgebildet. Vor diesem Hintergrund erscheint einigen die Sprache des Curriculum zu kompliziert: Es solle auf langatmige Sätze verzichtet und insgesamt eine einfachere Sprache verwendet werden.

Didaktische Zugänge

Das Curriculum könne nicht als selbstverständlich voraussetzen, dass die Lehrkräfte gute didaktische Zugänge finden. Der im Curriculum skizzierte Einstieg über den privaten Haushalt reiche nicht aus. Aspekte wie Globalisierung, unterschiedliche Steuersysteme und Sozialversicherungssysteme, tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse, Gesellschaftsrecht, der schleichende Machtverlust der Nationalstaaten und vieles mehr ließen sich an jeweils einem aktuellen Beispiel einer grenzüberschreitenden Unternehmensfusion ansprechen. Die Schüler könnten dabei zugleich die einschlägigen Quellen ökonomiebezogener Informa-

tion benutzen lernen, wirtschaftspolitische Zusammenhänge selbst herausarbeiten und – als Nebenprodukt – Teamarbeit und sogar ein wenig Wirtschaftsenglisch lernen.

Kooperation mit Unternehmen

Es wird empfohlen, die wirtschaftlichen Themen im Schulunterricht möglichst praxisbezogen zu behandeln. Örtliche Unternehmen und regionale Verbände der Wirtschaft sollten angesprochen werden, um Einblick in die Praxis zu gewähren und so die Theorie zu untermauern. Auch andere Organisationen der Wirtschaft sollten für den Unterricht geeignetes Informationsmaterial bereitstellen und ihre Mitarbeiter zu Gastvorträgen an die Schulen entsenden. Einige Adressaten der Mailing-Aktion können sich vorstellen, die Theorieinhalte durch abgestimmte Betriebserkundungen mit der realen Praxis zu verzahnen. Ebenso wird vorgeschlagen, Führungskräfte aus Unternehmen mit Schülern praxisbezogen über aktuelle Entwicklungen in ihrem Unternehmen diskutieren zu lassen. Einige Unternehmen erklären sich gerne dazu bereit, an entsprechenden Pilotveranstaltungen mitzuwirken bzw. bieten schon Betriebspraktika für Lehrer an. Durch Projekte ließen sich zudem mehrere Fachdisziplinen oder Unterrichtseinheiten anderer Schulfächer miteinander vernetzen.

Weiterführende Anregungen

Wirtschaftsunterricht an der Sekundarstufe I

In einigen Stellungnahmen wird gefordert, dass es auch Zielsetzung eines Kerncurriculums Ökonomische Bildung sein sollte, in angepasster Form Lerninhalte für Haupt- und insbesondere Realschulen zu entwickeln. In der Schule erworbene Kenntnisse könnten auf diese Weise breite Anwendung in einer nachfolgenden Berufsausbildung finden und vertieft werden. Gerade für Haupt- und Realschüler sei fundiertes Wissen über die Bedeutung von Beruf und Qualifikation, von wirtschaftlichen Zusammenhängen sowie von unternehmerischer Selbständigkeit von fundamentaler Bedeutung.

In mehreren Antworten wird es für absolut notwendig erachtet, bereits in der Sekundarstufe I ein eigenständiges Unterrichtsfach Wirtschaft zu etablieren, in dem wesentliche Teile von Fächern wie Arbeitslehre oder Sozialkunde zusammengeführt und neu akzentuiert würden. In der vorliegenden Fassung sei das Curriculum aber für die Sekundarstufe I weder bestimmt noch geeignet. Bei Verzicht auf den wissenschaftspropädeutischen Anspruch und einer stärkeren Berücksichtigung der für die Erziehung zum mündigen Wirtschaftsbürger wichtigen As-

pekte könne ein entsprechend überarbeitetes Curriculum durchaus auch Hauptschülern, Realschülern sowie Gymnasiasten unterhalb der Oberstufe angeboten werden.

Widerstände gegen das Fach Wirtschaft

Es sei davon auszugehen, dass bei Einführung des Faches Wirtschaft – besonders, wenn das Fach in der Sekundarstufe I angeboten wird – die Defizite der Lehreraus- und -fortbildung offen zu Tage träten. Probleme würden dann auch im Hinblick auf die „Stundentafel“ deutlich werden. Hinzu kämen gravierende politische Widerstände und/oder Einmischungen. In einigen Stellungsnahmen werden Strategien zur Überwindung solcher Hemmnisse entwickelt:

Aus- und Fortbildungsbedarf der Lehrer

Die Hauptlast der Lehrerausbildung müsse auch weiterhin von den regulären Ausbildungsstätten getragen werden. Einige Antworten empfehlen darüber hinaus Kooperationen mit der Wirtschaft. Diese sollten sowohl der Überbrückung der Zeit, bis die Lehrkräfte hinreichend ausgebildet sind, dienen, gleichzeitig aber auch sicherstellen, dass Lehrkräfte laufend und praxisnah fortgebildet würden. Für die Übergangszeit wird empfohlen, auch Unternehmer, Manager, unter Umständen auch Wissenschaftler als externe Ausbildungspartner an Schulen einzusetzen. Vorgeschlagen wird auch, kurzfristig für den Unterricht an Gymnasien auf Diplomhandelslehrer zurückzugreifen, bis qualifiziertes Lehrpersonal zur Verfügung stehe.

Stundentafel

Ein Problem wird darin gesehen, 140 Stunden in den Stundenplan unterzubringen, ohne andere wichtige Fächer zu kürzen. In Baden-Württemberg komme der naturwissenschaftliche Unterricht schon jetzt zu kurz. Das Thema Wirtschaft sei zur Zeit in einigen Bundesländern in andere Fächer wie Geschichte, Sozialkunde oder Geographie integriert. Das wirke auf den ersten Blick bestechend. Viele Anworten plädieren jedoch für ein eigenständiges Fach, eventuell sogar zu Lasten von Stunden der genannten Fächer. Es wird auch grundsätzlich die Frage angesprochen, ob es ausreiche, ein neues Fach einzuführen oder ob nicht vielmehr die Schule allgemein reformiert werden müsse. Immerhin könne das Curriculum Anstöße zu einer grundlegenden Diskussion über die aktuellen Lehrinhalte im deutschen Bildungssystem geben.

Besonders betont wird, dass die inhaltliche Umsetzung der naturwissenschaftlichen Fächer nicht vernachlässigt werden dürfe. Denn gerade um die Zukunfts-

aufgaben von Unternehmen im globalen Wettbewerb bewältigen zu können, benötigten diese Unternehmen naturwissenschaftlich gebildete und motivierte junge Menschen. Bereits heute sei ein Mangel an qualifizierten Naturwissenschaftlern und Ingenieuren zu verzeichnen. Für viele dieser Unternehmen stelle sich die Frage, in wieweit bei der Komplexität der Systeme nicht auch das Fach Recht besondere Berücksichtigung finden müsste. Rechtskunde sei ein wichtiges Fach, das es für das Grundverständnis unseres Gemeinwesens zu stärken gelte. Im internationalen Wettbewerb liege die Zukunft der Unternehmen im Potenzial ihrer jungen Mitarbeiter, die allerdings über eine solide und breite Grundbildung verfügen müssten.

Politik

Es wird anerkannt, dass es in der Vergangenheit von vielen Seiten wertvolle Vorarbeit zur Verwirklichung von mehr wirtschaftsbezogenem Unterricht an Deutschlands Schulen gegeben habe. So herrsche weitgehende Einigkeit zwischen Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften, Teilen der Lehrerschaft und der Elternvertreter, dem Fach Wirtschaft mehr Bedeutung zukommen zu lassen. Dennoch bedürfe es noch erheblicher Durchsetzungskraft, bis die Initiative auf jene Akzeptanz stoße, die zur flächendeckenden Umsetzung erforderlich ist. Als vernünftigen Weg zur Implementierung könne man sich Pilotprojekte an ausgesuchten Schulen vorstellen, an denen qualifizierte Lehrkräfte vorhanden sind. Auch liege es nahe, Kooperationsangebote der Wirtschaft aufzugreifen.

Übersicht über die zugesendeten Stellungnahmen

25. Oktober 2000	BDI	Dr. Ludolf v. Wartenberg
27. Oktober 2000	ESSO Deutschland GmbH	Jobst D. Siemer
27. Oktober 2000	Philips-Beteiligungs-GmbH	Diethelm Horak
27. Oktober 2000	Deutsche Unilever GmbH	Johann C. Lindenberg
31. Oktober 2000	Lufthansa School of Business	Dr. Michael Heuser
01. November 2000	BDA	Hans-Jürgen Brackmann
02. November 2000	ESSO	Jobst D. Siemer
02. November 2000	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Hans-Jürgen Brackmann
02. November 2000	RWE Plus AG	Manfred Remmel
02. November 2000	CDU Rheinland-Pfalz	Christoph Böhr
02. November 2000	OTTO-Versand	Dr. Michael Otto
03. November 2000	GDV Dt. Versicherungswirtschaft	Dr. Jörg Frhr. Frank von Fürstenwerth
03. November 2000	ME Gesamt Metall	Dr. Hans Werner Busch
07. November 2000	Deutsche Bahn	York Kaempfer
07. November 2000	Deutsche Telekom	Dr. Heinz Klinkhammer
08. November 2000	Schering AG	Dr. R. Rohde
09. November 2000	Südwestrundfunk	Prof. Peter Voß
09. November 2000	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Dieter Philipp Hans-Eberhard Schleyer
09. November 2000	Deutsche Bahn	Hartmut Mehdorn
09. November 2000	Volkswagen Coaching GmbH	Peter Haase
10. November 200	e-on AG	U. Hartmann
13. Nobember 2000	BDI	Hans-Olaf Henkel
13. Nobember 2000	Adam Opel AG	Georg Ehlers
13. November 2000	Heraeus Holding GmbH	Dr. Jürgen Heraeus
14. November 2000	QUELLE	Reinhard Koep
14. November 2000	Hauptverband des dt. Einzelhandels	Hermann Franzen

15. November 2000	Heidelberger Zement	Paul Nachtsheim
15. November 2000	BASF	Hensel Leitner
15. November 2000	Boehringer Ingelheim GmbH	Uwe Weiler
15. November 2000	E. Merck	Prof. Dr. H. J. Langmann
15. November 2000	Christlicher Gewerkschaftsbund	Peter Konstroffer
16. November 2000	Robert Bosch GmbH	Dr. Eva Maria Höller-Cladders
17. November 2000	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e.V. (ASU)	Dr. Peter Barth
17. November 2000	Akademie Würth	Otto Müller
20. November 2000	Robert Bosch GmbH	Dr. Eva-Maria Höller-Cladders
20. November 2000	RWE	Dr. Dietmar Kuhnt
20. November 2000	Bilfinger + Berger, Bauaktiengesell-schaft	Manfred Schmidt
22. November 2000	August Oetker	Dr. August Oetker
22. November 2000	TUI GROUP GmbH	Roger Paeth Renate Ronnewinkel
24. November 2000	Gewerkschaft Erziehung u. Wissen-schaft	Dr. Eva-Maria Stange Marianne Demmer
01. Dezember 2000	Deutscher Sparkassen- und Giro-verband	Dr. Dietrich Hoppenstedt
12. Dezember 2000	BMW Group	Richard Gaul

Ökonomische Bildung an Gymnasien

Reinhard Zedler

Für manche Pädagogen bestehen zwischen den Bereichen Schule und Wirtschaft noch Gegensätze. Sie meinen, dass die Schüler auf den Bereich der Wirtschaft nicht vorbereitet werden müssten. Indessen zeigt eine nähere Betrachtung, dass Wirtschaft, besonders die Soziale Marktwirtschaft, und die Schule ähnlichen Zielen verpflichtet sind. So ist es Ziel der Schule, die Selbstständigkeit der Schüler zu fördern. Auch die Soziale Marktwirtschaft stellt den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt ökonomischen Handelns. Angesichts von Globalisierung und Digitalisierung wird die Selbstständigkeit, die Teilhabe der Menschen am wirtschaftlichen Geschehen immer wichtiger.

Bedeutung von wirtschaftlichen Prozessen

Unser Leben wird zunehmend von wirtschaftlichen Prozessen und Zusammenhängen bestimmt. Bereits Walther Rathenau, Außenminister in der Weimarer Republik meinte, dass Wirtschaft unser Schicksal sei. Aber deutsche Schüler wissen über Wirtschaft weniger als ihre Altersgenossen in anderen Industrieländern, wie eine Untersuchung am Lehrstuhl Wirtschaftspädagogik der Mainzer Universität ergeben hatte.
Demnach erwiesen sich die Schüler aus dem Vereinigten Königreich bei dem internationalen Vergleichstest am besten vorbereitet; denn drei Viertel der Schüler, die schon Vorkenntnisse in Sachen Ökonomie hatten, beantworteten Testfragen nach Begriffen wie Bruttosozialprodukt, Produktivität, Nachfrage oder Inflation korrekt.

Dagegen schafften 3000 befragte deutsche Jugendliche nicht einmal die Hälfte. Ihnen voraus waren auch die Schüler aus Korea, den Vereinigten Staaten sowie Ungarn. Diese Wissenslücken dürften unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass Wirtschaft in den meisten Bundesländern nur als eines unter vielen Themen gelehrt wird. Eine rühmliche Ausnahme macht Bayern. Hier lernen Realschüler und Gymnasiasten mikro- und makroökonomisches Wissen in einem eigenen Fach Wirtschafts- und Rechtslehre.

Vor diesem Hintergrund wird seit langem und in letzter Zeit besonders gefordert, dass ein Fach Ökonomie an den allgemein bildenden Schulen eingeführt wird. Deshalb wird seit langem und in letzter Zeit besonders gefordert, dass ein Fach Ökonomie an den allgemeinbildenden Schulen eingeführt wird. In diesem Sinne hatte der Beirat für ökonomische Bildung des Deutschen Aktieninstitutes 1999

ein "Memorandum für ökonomische Bildung" mit dieser Forderung vorgelegt (Deutsches Aktieninstitut 1999). Im Jahr 2000 hatten die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund ebenfalls ein Fach Wirtschaft an den allgemein bildenden Schulen gefordert. Die Diskussion darüber hat die Konrad Adenauer-Stiftung weitergeführt, indem kürzlich ein "Kerncurriculum ökonomische Bildung" auf einer Konferenz in Düsseldorf vorgelegt wurde. Zentrale Inhaltsfelder dieses Curriculums sind private Haushalte, Unternehmen, Staat und Ausland. Innovativ ist an diesem Konzept, dass komplexe Methoden des Ökonomie-Unterrichtes vorgesehen sind, wie Fallstudien, Expertenbefragung, Planspiele und Projekt-Methode. (Konrad Adenauer-Stiftung 2000, S. 6)

Ziele heutiger Schulbildung

Die Kultusministerin von Baden-Württemberg, Anette Schavan, erläuterte auf der Düsseldorfer Konferenz den pädagogischen Hintergrund des von der Konrad Adenauer-Stiftung vorgelegten Konzeptes. Dabei ging sie von der Frage aus, was Kinder und Jugendliche in einer Zeit lernen sollten, in der sich alle Lebensbereiche grundlegend wandelten. Sie erklärte, dass es Aufgabe von Schule sei, nicht Spezialwissen zu vermitteln, sondern Grundlagen und die Fähigkeit zu fördern, sich neue Wissensgebiete zu erschließen. (Schavan, 2000, S.1) Denn es ist nach den Worten von Schavan leichter, von der Bildung zum Spezialisten zu kommen, als den Spezialisten zum Gebildeten zu fördern.

Zu diesen Grundlagen und der Allgemeinbildung gehöre heute die Kenntnis ökonomischer Grundregeln. Das sei Konsens, und es gäbe eine Vielfalt der Wege, ökonomische Bildung zu vermitteln. So sei an einigen Schulen das Fach Wirtschaft eingeführt, an anderen Schulen würden Fächer verbunden und Methoden eingesetzt, um Kenntnisse über die Grundlagen der Wirtschaftsordnung zu vermitteln. Praktika und Projekte, wie die Einrichtung von Junior-Firmen, seien ebenso wichtig, wie die Vernetzung ökonomischer Inhalte in den Bildungsplänen. Daher bezeichnete Schavan die Debatte für oder gegen ein eigenständiges Fach Wirtschaft als einen Holzweg (Schavan, 2000, S.2). Für sie ist der Dreh- und Angelpunkt der ökonomischen Bildung die Aus- und Weiterbildung von Lehrern. Daher gehöre in Baden-Württemberg ein Betriebspraktikum zum Pflichtteil des Studiums angehender Lehrer.

Wirtschaft als Schulfach

Viele Referenten plädierten auf der Konferenz der Konrad Adenauer-Stiftung für ein eigenständiges Fach Ökonomie. So erklärte Rüdiger von Rosen, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Aktieninstitutes, dass der Struktur-

wandel der Wirtschaft sich besser bewältigen ließe, wenn viele Bürger über ein Grundwissen der Wirtschaft verfügten. Jeder Bürger braucht nach seinen Worten wirtschaftliche Grundkenntnisse, wenn wir von der Versorgungs-Gesellschaft zur Chancen-Gemeinschaft kommen wollten. Bisher würden ökonomische Themen an allgemein bildenden Schulen, wie Haupt- und Realschulen, unzureichend vermittelt. Deshalb plädierte von Rosen dafür, dass die Kenntnisse über die Wirtschaft zur Allgemeinbildung gehörten und ausreichende Kenntnisse über die Wirtschaft sich nur in einem eigenen Fach vermitteln ließen. Voraussetzungen dafür sei die Ausbildung der Lehrer, eine entsprechende Fachdidaktik und Materialien.

Für den DGB steht die Diskussion über das Schulfach Wirtschaft im Zusammenhang mit der Zielsetzung, dass die Schüler für das Leben lernen sollten, wie Egbert Biermann, Vorstandssekretär beim DGB Bundesvorstand erklärte. Die Schule müsse sich für die Wirtschaft öffnen, aber die Wirtschaft auch für die Schulen. Auch für Biermann müssten die Lehrer entsprechend ausgebildet werden. Da neue Berufe schneller entwickelt würden als Lehrer qualifiziert seien, wäre es gut, wenn die Wirtschaft entsprechende Kräfte bereitstellte.

Für den Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule Wirtschaft, Ulrich Wiethaup, bezweifelte niemand mehr, dass ökonomische Bildung Allgemeinbildung sei. Deshalb ginge es um eine ökonomische Bildung für alle Schüler, also nicht nur für Abiturienten, sondern auch für Hauptschüler und Realschüler. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schule Wirtschaft hätte sich, wie Wiethaup betonte, für ein eigenes Fach Wirtschaft ausgesprochen, weil nur so die ökonomische Bildung nachhaltig vermittelt werden könnte. Deshalb sei die Verbindung von Wirtschaft mit anderen Fächern nur als ein Zwischenschritt anzusehen. Leitbild für das Fach Wirtschaft ist nach den Worten von Wiethaup der mündige Staatsbürger, dessen Denken in wirtschaftlichen Zusammenhängen gefördert würde.

Lehrerbildung notwendig

Zum Abschluss der Düsseldorfer Konferenz sprach Jürgen Rüttgers, früherer Bildungsminister, über Bildungspolitik im Zeichen der Wissensgesellschaft. Nach seinen Worten lebten wir in einer Zeitenwende, in einer Umbruchssituation, die mit dem Begriff "Globalisierung" nur unzureichend umschrieben wäre; denn Globalisierung bedeutete nur, dass der Welthandel schneller wachsen würde als die Weltwirtschaft. Vielmehr sei der Kern der Veränderungen der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft, in der Wissen ein neuer Produktionsfaktor sei. Dieser Übergang erfordere Anpassung aller gesellschaftlichen Systeme, auch des Bildungswesens. Denn Bildung sei Voraussetzung, um mit diesem Wissen arbeiten zu können.

Deshalb forderte Rüttgers eine große Bildungsreform. Für diese gäbe es schon viele Vorschläge, wie das Bildungswesen besser als heute gestaltet werden könnte. Rüttgers umriss abschließend eine solche Bildungsreform mit fünf Elementen:

- Jeder erhielte seine Chancen;
- die Schulen müssten Grundlagen vermitteln und differenzierte Angebote machen;
- es müssten mehr Lehrer eingestellt und qualifiziert sowie
- das lebensbegleitende Lernen gefördert werden. Solche Vorschläge sind zwar nicht neu, aber sie müssten ernsthaft umgesetzt werden.

Sicher gehörte zu diesen Elementen einer großen Bildungsreform auch die ökonomische Bildung. Die Konrad Adenauer-Stiftung hat mit der Vorlage des "Kerncurriculums ökonomische Bildung" einen großen Schritt für die Umsetzung des Faches Wirtschaft an Gymnasien getan. Nunmehr müssten als weitere Schritte ein Kern-Curriculum für Hauptschulen und Realschulen entwickelt und vor allem die Lehrer der Sekundarstufe I wie der Sekundarstufe II in Modellprojekten entsprechend qualifiziert werden.

Literatur

Deutsches Aktieninstitut (Hrsg.),1999: Memorandum für ökonomische Bildung, Frankfurt

Konrad Adenauer–Stiftung (Hrsg.),2000: Soziale Marktwirtschaft stärken. Kerncurriculum ökonomische Bildung, St. Augustin

Schavan, Annette 2000: Bildung und Soziale Marktwirtschaft. In: Konrad Adenauer–Stiftung (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft stärken. Kerncurriculum ökonomische Bildung, St. Augustin, S.1-3

Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen

Wolfgang Staudt

Die Forderung, ökonomisches Grundwissen als Allgemeinbildung mehr Raum und Bedeutung in den Curricula zukommen zu lassen, wird immer lauter erhoben. Um diese berechtigte Forderung effizient zu unterstützen, ist es erforderlich zu wissen, wo es bereits mehr oder weniger ausgeprägte Ansätze zur Verwirklichung dieses Anliegens gibt bzw. wo Ökonomie schon zum regulären Fächerkanon gehört. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang eine Übersicht über Schulbücher (und deren Einsatzes in den Bundesländern) mit ökonomischen und wirtschaftspolitischen Inhalten. Erstaunlicherweise fehlt eine solche Übersicht bis heute. Mit der vorliegenden Publikation will die Konrad-Adenauer-Stiftung, die die Aufnahme wirtschaftlichen Wissens in das allgemein bildende Schulsystem als konkreten und notwendigen Beitrag zur Fortschreibung der Sozialen Marktwirtschaft betrachtet, dieses Defizit verringern.

Die vorliegende Liste ist auf der Grundlage der aktuellen Länderverzeichnisse (bis auf Niedersachsen alle für das Schuljahr 2000/2001) der zugelassenen Schulbücher und der Lehrpläne und Rahmenrichtlinien der allgemeinbildenden Schulen aller Bundesländer erstellt worden.

Die Lehrpläne und Rahmenrichtlinien sind dabei nach „Zugänge zur Sozialen Marktwirtschaft“ durchgesehen worden. Der Rückgriff auf Lehrpläne und Rahmenrichtlinien ist notwendig, da wirtschaftliche Lehrinhalte in den einzelnen Bundesländern je nach Schultyp als Teil unterschiedlicher Fächer und Fächerkombinationen vermittelt werden, und – bis auf Ausnahmen in Oberstufen von Gymnasien einiger Bundesländer – nicht als eigenständiges Fach mit eigenständigen Lehrbüchern.

Trotz des Rückgriffs auf die Lehrpläne unter dem Blickwinkel „Zugänge zur Sozialen Marktwirtschaft“ kann diese Liste keine inhaltliche Definition „wirtschaftlicher Lehrinhalte“ bieten. Der Kulturföderalismus hat nicht nur die Einordnung wirtschaftlicher Lehrinhalte in den Zusammenhang von unterschiedlichen Fächern gestellt – je nach Bundesland z.B. Sozialkunde, Gemeinschaftskunde Politik, Gesellschaftslehre, Wirtschaftslehre, Arbeitslehre usw. – sondern auch ein breites Spektrum dessen hervorgebracht, was als wirtschaftliche Lehrinhalte wie zu vermitteln ist. (Zum Curriculuminhalt vgl.: Soziale Marktwirtschaft stärken. Kerncurriculum Ökonomische Bildung, Arbeitspapier Konrad-Adenauer-Stiftung, Oktober 2000)

Da diese Liste nur auf die Länderkataloge der zugelassenen Schulbücher zurückgreift und nicht zusätzlich auf die Kataloge der Verlage oder gar die Inhaltsverzeichnisse der hier aufgeführten Bücher, kann sie nur einen ersten Überblick über die Vielfalt der Titel, Autoren, Verlage und inhaltlichen Einordnungen geben, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt
Insbesondere für die Sekundarstufe II an Gymnasien und Gesamtschulen ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass einige Bundesländer in einzelnen Fächern dazu übergegangen sind, das Zulassungsverfahren durch eine an allgemeine Kriterien geknüpfte pauschale Genehmigung zu ersetzen, wodurch die Lehrplaninhalte des entsprechenden Faches nicht vollständig abgedeckt sein müssen. Für die Einhaltung der Kriterien sind die Verlage zuständig. Bücher, die diese Pauschalkriterien für die Vermittlung wirtschaftlicher Lehrinhalte erfüllen, sind dementsprechend in dieser Liste nur unsystematisch enthalten – z.B. als in einem anderen Bundesland genehmigtes Buch.

Darüber hinaus sind durch Verlagszusammenschlüsse und Neuauflagen die bibliographischen Angaben einem stetigen und raschen Aktualitätsverfall preisgegeben.

Abkürzungsverzeichnis

HS	Hauptschule
RS	Realschule
MS	Mittelschule
GS	Gesamtschule
Gym	Gymnasium
SH	Schleswig-Holstein
HH	Hamburg
NI	Niedersachsen
HB	Bremen
NW	Nordrhein-Westfalen
HE	Hessen
RP	Rheinland-Pfalz
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
SL	Saarland
BE	Berlin
MV	Mecklenburg-Vorpommern
BB	Brandenburg
ST	Sachsen-Anhalt
TH	Thüringen
SN	Sachsen

Je nach Bundesland sind die gleichen Schulbücher - einschließlich Länderausgaben – für unterschiedliche Schultypen und/oder Klassenstufen zugelassen. Auf diese differenzierte Wiedergabe wurde verzichtet, um die Liste durch Vermeiden von Wiederholungen handlicher zu machen.
Das Saarland hat auf eine eigene Schulbuchzulassung verzichtet und neben einer pauschalen Kriteriumsgenehmigung die in den Ländern Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz zugelassenen Bücher auch im Saarland zugelassen.

		Jahr	Schultyp	Klas-senstu fe	Zugelas-sen in:

Auer Verlag, *Heilig-Kreuz-Str. 16, 86609 Donauwörth*
www.auer-verlag.de

Geiger, Friedrich u.a.	Arbeitslehre 7 8 9	1997 1998 1999	HS HS HS	7 8 9	BY

Riedner/Wiedemann (Hrsg.) Kästner/Neumann (Hrsg.)	Wirtschafts- und Rechtslehre 1 (*) 2 (*) 3 (*) mit Landesausgabe Thüringen für RS und Gym	1997, 2. Aufl. 1997, 2. Aufl. 1999, 2. Aufl.	Gym. Gym. Gym.	8 9 10	BY, TH

Bayerischer Schulbuch-Verlag, *Postfach 801360, 81613 München*
www.bayerischer-schulbuch-verlag.de

Bielmeier/Rube	bsv Wirtschafts- und Rechtslehre, Schülerbuch 8	1998	Gym.	8	BY, TH
Rube/Bielmeier	bsv Wirtschafts- und Rechtslehre, Schülerbuch 9	1995	Gym.	9	
Rube, Klaus-Hartwig	bsv Wirtschafts- und Rechtslehre, Schülerbuch 10	1997, 2. Aufl.	Gym.	10	
Heinrich, Hans	bsv Arbeitslehre, Schülerbuch 7	1993, 2. Aufl.	HS, RS	7	TH
Heinrich, Hans	bsv Arbeitslehre, Schülerbuch 8	1994, 2. Aufl.	HS, RS	8	
Heinrich, Hans	bsv Arbeitslehre, Schülerbuch 9	1993, 2. Aufl.	HS, RS	9	
Heinrich, Hans	bsv Arbeitslehre N	1994, 4. Aufl.	HS, RS	9/10	BE, HB, ST
Heinrich, Hans	bsv Arbeit/Wirtschaft, Schülerbuch 7	1989	HS	7-10	HB, NI, ST

		Jahr	Schultyp	Klas-senstu fe	Zugelas-sen in:
Antony, Peter u.a.	bsv Wirtschaftslehre/Informatik Schülerbuch 9 Schülerbuch 10	1997 1997	HS HS	9 10	BW
Ziegler, Ingrid u.a.	bsv Sozialkunde	1995, 3. Aufl.	HS	7-10	NI
Hoffmann u.a.	Industrialisierung – sozialer Wandel – soziale Fragen	1988	Gym.	11-13	BE
Gebauer, Dietmar u.a.	Soziale Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland	2000, 2. Aufl.	Gym.	11-13	BW, BE

Bachem Verlag, *Postfach 100352, 50443 Köln*
www.bachem-verlag.de

Baßeler, Ulrich u.a.	Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft	1996, 6. Aufl.	Gym.	11-13	TH

C.C. Buchners Verlag, *Laubanger 8, 96052 Bamberg*
www.ccbuchner.de

Brückner, Dieter u.a.	Das waren Zeiten 1 Das waren Zeiten 2 Das waren Zeiten 3	1997 1998 1998	GS GS GS	7 8 9	NI
Handwerger u.a.	Wirtschaft und Politik	1999	Gym	11-13	BW, BE, MV, RP, SL, TH
Kappl, Gerhard	Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland	1992, 3. Aufl.	Gym.	11-13	BW

		Jahr	Schultyp	Klas-senstu fe	Zugelas-sen in:

***Cornelsen Verlag**, Mecklenburgische Straße 53, 14197 Berlin*
www.cornelsen.de

Harter-Meyer, Renate u.a. Harter-Meyer, Renate u.a.	Wirtschaft 7/8 für das 7./8. Schuljahr (*) Wirtschaft 9./10. Schuljahr (*) (*)verschiedene Länder- und Klassenstufenausgaben	1997, 2. Aufl. 1996, 2. Aufl.	HS, RS, MS; Gym HS, RS, MS, Gym	7-8 9-10	BE, HB, HH, NW, NI, ST, TH, SN

Schierl u.a. (Hrsg.)	Arbeitslehre 7 Arbeitslehre 8 Arbeitslehre 9	1997 1998 1999	HS HS HS	7 8 9	BY

Beddies, Heiner u.a. Beddies, Heiner u.a.	Menschen Zeiten Räume Bd. 3 * Menschen Zeiten Räume Bd. 4 * (*) verschiedene Länder-, Klassenstufen- und Schultypausgaben	1997, 3. Aufl. 1999, 2. Aufl.	GS, HS, RS GS, HS, RS	7/8 10	RP, SL, BB, NI

Pandel, Hans-Jürgen (Hrsg.)	Politikbuch Bd. 2	1994	HS, RS, GS, Gym.	7/8	BB, HH, HE, NW, NI
Bente, Markus u.a.	Politikbuch Bd. 3	1997	HS, RS, GS, Gym.	9/10	

Boldt, Gerhard u.a.	Arbeitslehre Bd. 1	1996	HS, RS, GS, Gym	7	HE
Boldt, Gerhard u.a.	Arbeitslehre Bd. 2	1996	HS, RS, GS, Gym	8-10	

		Jahr	Schultyp	Klas-senstu fe	Zugelas-sen in:
Mickel, Wolfgang u.a**.**	Arbeitsbuch Politik	1997	HS, RS, Gym.	8-10	MV
Mickel, Wolfgang (Hrsg)	Politik für Gymnasien – Oberstufe	1992, 2. Aufl.	Gym.	11-13	BB, MV, SN ST, TH

Curio Verlag Erziehung und Wissenschaft*, Hagener Allee 70b, 22926 Ahrensburg*
(keine Homepage)

Friedrich/Kemmet	Arbeitslehre – Beruf – Wirtschaft	1992	HS, RS, GS, MS, Gym.	8-10	BE, HH, SN

Diesterweg Verlag, *Zeil 77, 60313 Frankfurt a.M.*
www.diesterweg.de

Helbig/Jansen Helbig/Jansen	Politik im Aufriß Bd. 2 Bd. 3	1991, 3. Aufl. 1993, 2. Aufl.	HS, RS, GS, Gym. HS, RS, GS, Gym	7/8 9/10	BE, BB, HH, NW, HE, NI
Helbig, Ludwig	Tatsache Politik Bd. 2 Bd. 3	1997 1998	HS, RS, Gym. HS, RS, Gym	7/8 9/10	BE, BB, NW, TH, HE, MV
Nitzschke, Volker u. a.	Politik, Lernen und Handeln für Heute und morgen Bd. 2 Bd. 3	 1995, 2. Aufl. 1995, 2. Aufl.	Gym.	 7/8 9/10	 BE, BB, HH, NW, MV

		Jahr	Schultyp	Klas-senstu fe	Zugelas-sen in:
Kieven, Gert u. a.	Arbeitslehre	1995	HS, RS	7-10	BE, HB, BB, HE, NW, ST, TH
Helbig, Ludwig (Hrsg.)	Politik im Aufriß Bd. 3: Formen des Wirtschaftens – Wirtschaftsordnung – Grundlagen der Volkswirtschaftslehre – Wirtschafts-politik	1993	Gym.	11-13	SH, SN, TH
Mehrer, Helmut	Menschen – Märkte – Management Wirtschaft in einer lernenden Gesellschaft	1993	Gym.	11-13	BW, NI

Verlag Europa-Lehrmittel, *Postfach 2160, 42765 Haan*
www.europa-lehrmittel.de

Albers, Hans-Jürgen u.a.	Volkswirtschaftslehre	1998, 3. Aufl.	Gym	11-13	BY

Gehlen Verlag*, Daimlerstr. 12, 61325 Bad Homburg*
www.gehlen.de

Reip, Hubet	Volkswirtschaftslehre in Problemen	2000, 14. Aufl.	Gym.	11-13	BY

		Jahr	Schultyp	Klassenstufe	Zugelassen in:

***Klett Verlag**, Rotebühlstr. 77, 70178 Stuttgart*
www.klett-verlag.de

Blazejewicz, Herbert	Arbeiten und wirtschaften Bd. 1 Bd. 2	1991 1990	HS HS	7 8/9	NI
Blazejewicz, Herbert u.a.	Arbeit/Wirtschaft 9 Arbeit/Wirtschaft 10	1991 1992	RS RS	9 10	

Albers, Hans-Jürgen u.a.	Wirtschaftslehre /Informatik 7	1995	HS	7	ST
Hengst, Hartmuth u.a.	Wirtschaftslehre/Informatik 8	1996	HS	8	
Benz, Theresia u.a.	Wirtschaftslehre/Informatik 9	1997	HS/RS	9	
Albers, Hans-Jürgen u.a.	Wirtschaftslehre /Informatik 10	1998	RS	10	
Daum-Klewitz u.a.	Anstöße (Bd. 2) (*) (*)verschiedene Länder- und Klassenstufenausgaben	1997, 2. Aufl.	GS, RS, Gym	7/8	BE, BB, NW, HE, SH
Grammes u.a.	Anstöße (Bd. 3) (*) (*) verschiedene Länder- und Klassenstufenausgaben	1997	GS, RS, Gym	9/10	

Bergner, Karl-Josef Ader, Katrin u.a.	Das IGL-Buch, Gesellschaftslehre an Gesamtschulen Bd. 2 Das IGL-Buch, Gesellschaftslehre an Gesamtschulen Bd. 3	1996 1997	GS, HS, RS GS, HS, RS	7/8 9/10	BB, HH, HE, NI

Taenzer, Uwe	Soziale Marktwirtschaft - Ökonomische Kernprobleme in Deutschland - Wettbewerb und Konzentration	 1993 1993	 Gym Gym	 11 - 13 11 - 13	BE, NW, NI

		Jahr	Schultyp	Klas-senstu fe	Zugelas-sen in:
Taenzer, Uwe	Grundlagen der Wirtschaftswissenschaften Teil 2: Geld und Kredit	1996, 2. Aufl.	Gym.	11-13	BW
Behet, Franz-Josef	Kurshefte Sozialwissenschaftliche Grundlagen, Heft 2: Soziale Marktwirtschaft – Grundlagen und Entwicklung	1995	Gym.	11-13	BE, MV
Behet, Franz-Josef u.a.	Sozialwissenschaftliche Aspekte Gesellschaft – Wirtschaft – Politik	1997	Gym.	11-13	NW
Bosse, Christoph u.a.	Lernbereiche Sozialwissenschaften Sozialisation – Aggression – Konsum/Produktion	1994	Gym.	11-13	BE
Bosse, Christoph u.a.	Lernbereiche Sozialwissenschaften Strukturwandel, Weltprobleme, Konflikte und Sicherheit	1998	Gym.	11-13	

Merkur Verlag, *Ritterstr. 22, 31737 Rinteln*
www.merkur-rinteln.de

Hartmann, Gernot	Grundlagen der allgemeinen Volkswirtschaft	1991, 25. Aufl.	Gym.	10-13	BY

Militzke Verlag, *Huttenstraße 5, 04249 Leipzig*
www.militzke.de

Gehlhaar, Karl-Heinz (Hrsg.)	Politik und Gesellschaft Bd. 1 Bd. 2	1996, 4. Aufl. 1996, 4. Aufl.	RS, MS Gym.	7/8 9/10	BE, BB, MV, SN, ST, TH
Gehlhaar/Geisler (Hrsg.)	Gesellschaft – verstehen und handeln mit verschiedenen Länder- und Klassenstufenausgaben für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen Anhalt, Thüringen	1999	RS, MS Gym.	9/10 8-10	MV, SN, ST, TH, BB

		Jahr	Schultyp	Klas-senstu fe	Zugelas-sen in:

R. Oldenbourg Verlag, *Rosenheimer Straße 145, 81671 München*
www.oldenbourg-schulbuchverlag.de

Klaus, Elisabeth u.a.	Arbeitslehre aktuell Schwerpunkt Wirtschaft Bd. 1 Bd. 2	1997, 2. Aufl. 1997, 2. Aufl.	HS, RS, MS HS, RS, MS		**BE**

Klose, Veronika	Arbeitslehre aktuell – Ausgabe B Band B 7 Band B 8 Band B 9	1997 1998 1999	HS HS HS	7 8 9	BY

Ferdinand Schöningh Verlag, *Postfach 2540, 33055 Paderborn*
www.schoeningh.de

Floren, Franz Josef u.a.	POLITIK Arbeitsbücher für den Politikunterricht in der Sekundarstufe I Bd. 1	2000	HS, RS, GS Gym	5/6	NW
Floren, Franz Josef u.a.	Bd. 2	1999	HS, RS, GS, Gym	7/8	NW, BB, MV, ST, SL
Floren, Franz Josef u.a.	Bd. 3	1999	HS, RS, GS, Gym, MS	9/10	NW, BB, MV, SN, ST, SL

		Jahr	Schultyp	Klas-senstu fe	Zugelas-sen in:
Floren, Franz Josef u.a.	POLITIK 11	1999	**Gym**	11	NI
Floren, Franz Josef	Reihe Sozialwissenschaften: Wirtschaftpolitik im Zeichen der Globalisierung	1999	Gym	12/13	BE, BB, HB, HH, HE, NI, NW, RP, SL, SH, SN, ST
Floren, Franz Josef	Reihe Sozialwissenschaften: Wirtschaft-Gesellschaft-Politik	2000	Gym	11	BB, HB, HH, HE, NW, SL, SH, ST
Engelhart, Klaus (Hrsg**)**	Sozialkunde für die Oberstufe des Gymnasiums	1997	Gym	11-13	BE

Schroedel Verlag, *Hildesheimer Str. 202-206, 30519 Hannover*
www.schroedel.de

Arnold, Rolf u.a.	Sozialkunde Rheinland-Pfalz Bd. 1 Bd. 2 Bd. 3	1995 1996 1997	HS HS HS	7 8 9/10	RP, SL
Budde-Dreßen, Ingrid u.a. Budde-Dreßen, Ingrid u.a.	Politik gestalten Bd. 2 Politik gestalten Bd. 3	1998 1997	HS, RS Gym Hs, RS, Gym.	7/8 9/10	BE, BB, NW
Bax, Michael u.a. Bax, Michael u.a.	Sozialkunde 1 (*) (*) mit Länderausgaben Sozialkunde 2 (*) (*) mit Länderausgaben	1997 1996	HS,RS,Gym HS,RS,Gym	7/8 9/10	BE, HE, MV, NI, ST, TH

		Jahr	Schultyp	Klassenstufe	Zugelassen in:
Sperling, Hartmut u.a.	Demokratie Heute, Gemeinschaftskunde für Realschulen Schülerband 8 Schülerband 9	1999 2000	RS RS	8 9	BW
Hanke, Eckard u.a.	Demokratie leben	1997	HS, RS	7-10	RP, SL
Behrens, Christian u.a.	Einstieg Wirtschaft Hauptschule	1999, 2. Aufl.	HS, RS	7-10	NI, ST, TH
Ernst, Hans Dieter u.a.	Wirtschaft 7./8: Schuljahr 9./10. Schuljahr	1993	HS HS	7/8 9/10	NW, ST, TH
Fähnrich u.a.	Arbeit/Wirtschaft (Arbeitslehre) 7 8	1994, 9. Aufl. 1994, 10. Aufl.	HS HS	7 8	NI
Hansen, Dorothea	Demokratie heute - Wirtschaft/Politik	1998	HS RS	8/9 9/10	SH
Schmidt, Gundolf	Demokratie heute Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung Bd. 8 Bd. 9 Bd. 10	1997	MS MS MS	8 9 10	SN
Bläs, Albert u.a.	Mensch und Politik Sozialkunde	1995	Gym.	9/10	RP, SL
Egner, Anton u.a.	Mensch und Politik, Gemeinschaftskunde für Gymnasien Schülerband 10 Schülerband 11	1999 1996	Gym. Gym	10 11	**BW**

		Jahr	Schultyp	Klas-senstu fe	Zugelas-sen in:
Detjen, Joachim u.a.	Zukunft gestalten in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik	2000	Gym.	11	NW
Detjen, Joachim u.a.	Mensch und Politik – für die Sekundarstufe I (*) (*) mit Länderausgaben	1997	Gym.	8-10	MV, NI, ST, TH
Launhardt, Werner u.a.	Mensch und Politik	1997, 3. Aufl.	Gym.	11	NI

Verlag H. Stam, *Fuggerstr. 7, 51149 Köln*
www.stam.de

Pollard, Ulrike	Wirtschafts- und Sozialkunde	1996, 2. Aufl.	HS	10	BE
Dallmann, Siegfried u.a.	Themen Deutsch, Sozialkunde, Wirtschaft	1997, 2. Aufl.	HS	10	
Abriß u.a.	WiSo	2000, 2. Aufl.	RS	9-10	RP, SL

Verlag Ernst Vögel, *Kalvarienbergstr. 22, 93491 Stamsried*
www.verlag-voegel.de

Geipel, Adolf u.a.	Wirtschafts- und Rechtslehre AK 8	1994, 8. Aufl	RS, MS	8	BY, SN
	AK 9/I + III	1996, 5. Aufl.	RS, MS	9	
	AK 9	1995, 6. Aufl.	RS, MS	9	
	AK 10	1996, 7.Aufl..	RS, MS	10	

		Jahr	Schultyp	Klas-senstu fe	Zugelas-sen in:

Westermann Schulbuchverlag, Georg-Westermann-Allee 66, 38104 Braunschweig
www.westermann.de

Kaminski/Kaiser (Hrsg.**)**	Praxis Arbeitslehre 7 8 9	1997 1998 1999	HS HS HS	7 8 9	BY
Kaminski, Hans u.a.	Praxis – Arbeitslehre Hessen 7/8 Jgst. 9/10 Jgst.	1997 1998	RS, Gym RS, Gym.	7/8 9/10	HE
Grosser, Dieter/ Bierling, Stephan G**.**	Politik – Wirtschaft – Gesellschaft	1997	HS;RS;MS: Gym	7-10	BE, BB, MV, SN, TH, ST
Kaminski, Hans u.a.	Lernbereich Arbeit/Wirtschaft – Praxis 7-10/Gesamtband – Praxis 7/8 (*) mit Länderausgabe Sachsen-Anhalt	 1998 1998	RS, GS, Gym. HS	 7-10 7/8	HB, HH, NI, ST
Kaminski, Hans u.a.	Lernbereich Arbeit/Wirtschaft Praxis 9/10	1998	HS	9/10	HH
Kaminski, Hans u.a.	Praxis – Wirtschaft Sachsen-Anhalt	2000	HS, RS, Gym	8	ST
Dziak-Mahler, Myrle u.a.	Gesellschaft bewusst, Bd. 1	1999	GS	7/8	HE
Kaiser, Franz-Josef (Hrsg).	Arbeitslehre Wirtschaft 7./8. Schuljahr. 9./10. Schuljahr	1996	HS HS	7/8 9/10	NW, ST, TH

		Jahr	Schultyp	Klas-senstu fe	Zugelas-sen in:

***Winklers Verlag**, Postfach 11 15 52, 64230 Darmstadt*
www.winklers.de

Schmidt/Farber u.a.	Wirtschaftslehre Bd. 1 Bd. 2	1997, 5. Aufl. 1995, 3. Aufl.	HS,RS, Gym HS,RS, Gym	7/8 9/10	BE, TH

Lötzerich, Roland u.a.	Spiegelbild der Wirtschaft	1993	HS, RS	8/9	SH
Lötzerich, Roland u.a.	Handlungsfeld Wirtschaft	1998, 3. Aufl.	HS, RS	8/9	

Uhl, Karl u.a.	Wirtschafts- und Rechtslehre für Realschulen 1 2 2a 3	1997, 10. Aufl. 1997, 5. Aufl. 1998, 9. Aufl. 1997, 9. Aufl.	RS, MS RS, MS RS, MS RS, MS	8 9 9 10	BY, SH, SN, TH
Lauber; Döring	Wirtschafts- und Rechtslehre, Bd. 1	1996, 2. Aufl.	RS	8-10	TH

Lötzerich, R. u.a.	Wegweiser Wirtschaft	2000, 6. Aufl.	Gym	8-10	TH

Bruckner, Karl-Heinz u.a.	Wirtschafts- und Rechtslehre für Gymnasien, Bd. 1 Bd. 2 Bd. 3	1999, 2. Aufl. 1996 1997	Gym. Gym. Gym	8 9 10	TH, BY

Schiller, Günter	Volkswirtschaftslehre Eine entscheidungsorientierte Einführung	1998, 6. Aufl.	Gym.	11-13	NI, TH, HE, BY

Die Autoren

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Kaminski
geb. 1940, Ökonom und Wirtschaftspädagoge
Professor für Wirtschaftsdidaktik an der Universität Oldenburg
Leiter des Insitituts für Ökonomische Bildung

Dr. Bernd Hübinger
geb. 1957, Wirtschaftshistoriker
Leiter des Teams "Soziale Marktwirtschaft" der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Reinhard Zedler
geb. 1941, Wirtschaftspädagoge
Leiter des Referats "Berufs- und Sozialpädagogik" am Institut der deutschen Wirtschaft

Wolfgang Staudt
geb. 1946, Diplom Volkswirt
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung.